

RCDS

RING CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER STUDENTEN

RCDS - entschieden demokratisch

Geschichte,
Programm
und Politik

Schriftenreihe

Nr. 8

RCD

Konrad-Adenauer-Stiftung



000263970

RCDS

RING CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER STUDENTEN

MF 2214 RCD

60047137-7

RCDS -

entschieden demokratisch

Bibliothek
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
IBK / IFK / IIS / SFK / PAE / ACD
Inventar-Nr. 60047137

Geschichte, Programm und Politik

Zusammengestellt von Wolfgang Kirsch

In der RCDS-Schriftenreihe sind bisher erschienen:

- Nr. 1 Politisches Mandat — Recht oder Anmaßung (vergriffen)
- Nr. 2 Hochschule '69 — Thesen und Modell
- Nr. 3 Mitbestimmung — Demokratie und Wirtschaft
- Nr. 4 NPD — Ideologie und Praxis
- Nr. 5 Reformaufgabe Bildung
- Nr. 6 Zur Organisation studentischer Politik (erscheint in Kürze)
- Nr. 7 Entwicklung und Begründung des „C“ (in Vorbereitung)
- Nr. 8 RCDS — Geschichte, Programm, Politik

Die Schriften können gegen Voreinsendung von je 1,— DM auf das Postscheckkonto Köln 18674 angefordert werden bei: RCDS-Bundesvorstand, 53 Bonn, Kronprinzenstraße 29.

Herausgeber: RCDS-Bundesvorstand, 53 Bonn, Kronprinzenstraße 29
Schutzgebühr: 1,— DM
Februar 1971

RCDS-Schriftenreihe

Nr. 8

INHALT

	Seite
A. Der RCDS als vordenkende Gruppe in der Politik	
1. Funktion und Auftrag des RCDS von Gerd Langguth	5
2. Programmatik und Zielvorstellungen des RCDS von Uwe-Rainer Simon	8
3. Zum Selbstverständnis des RCDS von Peter Radunski	11
4. Die Notwendigkeit einer konkreten Humanisierung von Detlef Stronk	16
5. Thesen zur Reform der CDU/CSU von Wolfgang Kirsch	19
6. Geschichte: Der RCDS als vordenkende Gruppe in der Politik von Dieter Ibielski und Wolfgang Kirsch	26
B. Grundsatzbeschlüsse	
1. Grundsatzprogramm des RCDS	47
2. Thesen zur Bildungspolitik	55

FUNKTION UND AUFTRAG DES RCDS

von Gerd Langguth

Zwanzig Jahre kontinuierlich fortentwickelte christlich-demokratische Studentenpolitik sind eine erstaunliche Angelegenheit, wenn man bedenkt, daß — infolge des sich meist nur auf einige Semester beschränkenden, also kurzfristigen Engagements des einzelnen Studenten im Bereich der Studentenpolitik — gemeinhin Diskontinuität als einzige Kontinuität der Studentenpolitik angesehen wird. Kaum anderswo ist das Bild der Vereinigungen und Verbände verwirrender als gerade im studentischen Bereich, wobei viele Gruppierungen nur eine relativ kurze Lebensdauer aufweisen konnten.

Unstreitig ist auch die Tatsache, daß der RCDS gerade in den letzten Jahren das Bild eines parteifrommen CDU-Akademikernachwuchsverbandes verloren hat und von vielen einerseits als „APO in der CDU“ oder von der anderen Seite als „studentischer Handlanger des Monopolkapitals“, Angehöriger irgendeines „Rechtskartells“ oder doch zumindest als „kleriko-faschistoid“ bezeichnet wird.

Was ist richtig? Wahr ist, daß der RCDS derzeit der einzige Studentenverband ist, der auf dem Wege über eine Partei Einfluß zu nehmen versucht und dem infolge der Parteistruktur der CDU eine Einflußnahme auch ermöglicht wird. Die beiden anderen, einstens einer Partei nahestehenden Verbände „Sozialdemokratischer Hochschulbund“ (SHB) und „Liberaler Studentenbund Deutschlands“ (LSD) sind mit dem größten Teil ihrer Mitglieder eindeutig ins linksradikale Lager abgerutscht. Vor allem der SHB zeichnet sich in weiten Teilen durch seine enge personelle und ideologische Verknüpfung mit den DKP-Studenten aus.

Tatsache ist auch, daß der RCDS derjenige Verband ist — derzeit an fast siebzig Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Ingenieurschulen vertreten —, der als der Gegenpol zur extremen Linken anzusehen ist (die extreme Rechte ist an den Universitäten derzeit relativ wenig aktiv). Dies erreichte der RCDS nicht zuletzt durch die Tatsache, daß er sich mit seinem 1969 in Marburg verabschiedeten Grundsatzprogramm und mit dessen in der SONDE — Neue Christlich-Demokratische Politik (Heft 3/1969) veröffentlichten ausführlichen Begründung eine umfassende theoretische Basis gegeben hat.

Zweifellos: Wenn von einem besonderen Aufgabengebiet des RCDS gesprochen werden kann, dann ist dies nicht nur seine Arbeit im studentischen Bereich, dann sind dies vor allem seine theoretischen und konzeptionellen Vorstellungen, die bei vielen Diskussionen in großen Teilen

der CDU inzwischen Eingang gefunden haben, so zu Fragen der Außenpolitik oder vor allem der Gesellschaftspolitik. Natürlich beschränkt sich der RCDS in seiner politischen Einflußnahme nicht nur auf die CDU. Er sucht Kontakt zu allen demokratischen gesellschaftlichen Gruppen, doch liegt seine Bedeutung in seinen geistigen und politischen Grundlagen, die mit denen der CDU eine engere Verbindung besitzen als beispielsweise mit der SPD — trotz aller Divergenzen in tagespolitischen Fragen. Die Bedeutung des RCDS für die CDU liegt unter anderem auch darin, daß auf dem Wege über den RCDS zahlreiche Studenten zur CDU stoßen, die ansonsten kaum den Weg zur Union gefunden hätten.

Hierbei muß bedacht werden, daß — je nach Gruppe unterschiedlich — der Anteil der CDU- und Junge Union-Mitglieder in den Reihen des RCDS schwankt. In vielen Gruppen arbeiten auch Studenten mit, die sich auch anderen Parteien verbunden fühlen, da sie der Ansicht sind, demokratische Politik an der Hochschule könne nur noch über den RCDS und nicht mehr über die einstens anderen Parteien nahestehenden Verbände geschehen. Die Frage des Anteiles der CDU- und JU-Mitglieder hat aber auch noch unter einem anderen Gesichtspunkt Bedeutung: Höchstens fünf Prozent der — laut offizieller JU-Statistik — über 11 000 studentischen JU-Mitglieder — sind aktive Mitglieder im RCDS. Dieser geringe Anteil ist umso bedauerlicher, als sich gerade politische Orientierungen in der Auseinandersetzung mit radikalen Ideen — wie sie im Hochschulbereich von der extremen Linken ständig formuliert werden — bewähren müssen. Diese Auseinandersetzung verlangt zweifellos Einsatz und inneres Engagement — und zeichnet sich auch nicht mit dem automatischen Erwerb einer Parteikarriere aus, so daß vielen ein Engagement im RCDS nicht „lohnend“ erscheint.

Andererseits ist gerade eine weitgehende Identifikation des RCDS mit der CDU, wie sie durch den „Normalstudenten“ vorgenommen wird, festzustellen. Die Unionsparteien haben derzeit in der Studentenschaft ein miserables Image, das die Position des RCDS nicht erleichtert. Die jahrelange Propaganda der Linksradiكالen nicht nur gegen den Parlamentarismus allgemein, sondern auch gegen die Parteien und vor allem die CDU haben auf die Dauer ihre Wirkung hinterlassen, die noch dadurch gefördert wurde, daß vor allem Professoren und Assistenten (gerade auch solche, die der CDU verbunden sind) sich der Auseinandersetzung mit der Ideologie der extremen Linken bei nur wenigen Ausnahmen entzogen.

Die Bedeutung des RCDS liegt aber nicht nur in der Tatsache, daß er als der entscheidende Gegenpol und Kristallisationspunkt im studentischen Bereich zur radikalen Linken (und zur extremen Rechten) zu sehen ist, seine Bedeutung liegt vor allem in dem Faktum seines langfristigen Einflusses im Rahmen der CDU. Zahlreiche ehemalige Mitglieder des RCDS sind inzwischen in bedeutsamen Funktionen innerhalb der CDU

— und in anderen gesellschaftlichen Bereichen — tätig. So lange der RCDS jedoch seinen Willen, die Programmatik der CDU in den kommenden zwanzig Jahren und darüber hinaus zu formulieren, auch wenn er sich in diesem Bemühen notwendigerweise in den Gegensatz zu manchen parteioffiziösen Orientierungen stellen müssen, beibehält, so lange stellt sich auch nicht die Frage nach der Existenzberechtigung eines Verbandes wie des RCDS in den kommenden zwanzig Jahren.

Der RCDS hat die Chance, praktische Politik mit der Erkenntnis wissenschaftlicher Arbeit zu verbinden. Wenn er es versteht, hier Modelle zu liefern, hat er einen konkreten Beitrag zur Weiterentwicklung geleistet.

PROGRAMMATIK UND ZIELVORSTELLUNGEN DES RCDS

von Uwe-Rainer Simon

Der RCDS ist aus einzelnen christlich-demokratischen Hochschulgruppen, die sich seit 1945 zunächst vor allem in der damaligen sowjetisch besetzten Zone, später, als diese verboten wurden, auch in den drei westlichen Besatzungszonen gebildet hatten, hervorgegangen. Dies geschah in der klaren Erkenntnis, daß gerade nach dem Erlebnis des zweiten Weltkriegs und der Diktatur des „Dritten Reiches“ eine aktive Teilnahme der Jungakademiker am politischen Leben unabdingbares Erfordernis der Zeit war. Es dauerte allerdings bis 1951, bis der Bundesverband gegründet werden konnte. Zielsetzung des Verbandes war die Vertiefung der geistigen Grundlagen einer Politik aus christlich-sozialer Verantwortung und die Gewinnung von Akademikern für die christlich-demokratische Bewegung. Organisatorisch ist der RCDS von den Unionsparteien nicht abhängig. In den folgenden Jahren entwickelte sich der RCDS schnell zum stärksten Studentenverband der BRD. Schwerpunkte seiner politischen Arbeit waren Fragen der Hochschulreform und Studienförderung, die gesamtdeutsche Politik, sowie eine aktive Auslandsarbeit. Abweichungen von der Parteilinie der CDU/CSU konnten meist rasch durch klärende Diskussionen behoben werden. Da der RCDS in dieser ganzen Zeit der Studentenverband einer Regierungspartei war, konnte er in vielen Einzelfragen seinen Einfluß geltend machen und auch wie 1957 mit der Schrift „Gedanken zur Hochschulreform“ auf neue Probleme hinweisen. Dies erklärt auch, warum der RCDS kein geschlossenes Konzept für seine Politik erarbeitete. Die starke Konzentration auf tagespolitische Fragen läßt sich an den Beschlüssen der ersten zehn Jahre des RCDS deutlich ablesen.

Diese Tatsache und die enge Verbundenheit mit der CDU, also der offiziellen Regierungspolitik, mußte in dem Augenblick zu einem beträchtlichen Handicap werden, in dem die Kritik an der Politik der demokratischen Parteien unter den Studenten zunahm. Nun wurde der RCDS als der verlängerte Arm der CDU in der Studentenschaft angesehen. Sehr zu Unrecht zwar, aber dennoch verständlich, da es grundsätzliche Auseinandersetzungen, wie zwischen der SPD und dem SDS, zwischen der CDU/CSU und dem RCDS nicht gab. Dies bedeutet nicht, daß der RCDS unkritisch alles bejahte, was die CDU politisch anstrebte. Es fiel dem RCDS allerdings schwer, von der gewohnten Detailediskussion sich einer grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Zukunft der repräsentativen Demokratie und der pluralistischen Gesellschaft in der BRD

zu stellen. So blieb der RCDS zwar von 1961—1967 weiterhin gemessen an der Mitgliederzahl der stärkste politische Studentenverband, verlor aber die politische Initiative an den SDS. Erst seit 1967 wandelt sich dieses Bild. Da sich die linken Verbände inzwischen zu einer gemeinsamen Koalition zusammengeschlossen hatten, mußte der RCDS praktisch allein den Kampf mit den sozialistischen Kräften aufnehmen.

Verstärkte Aktivitäten des RCDS an den Hochschulen und ein intensiverer Dialog mit der Partei waren die zunächst sichtbaren Folgen einer Neubesinnung des Verbandes, die mit der Delegiertenversammlung in Heidelberg 1967 ihren Anfang nahm. 1968 erarbeitete ein neu konstituierter politischer Beirat des Bundesvorstandes zum ersten Mal in der Verbandsgeschichte ein Grundsatzprogramm des RCDS, das auf einer außerordentlichen Delegiertenversammlung im Oktober 1969 in Marburg verabschiedet wurde. Mit diesem Grundsatzprogramm formulierte der RCDS nicht nur sein Selbstverständnis, sondern vor allem auch seine politische Alternative zu der revolutionären Theorie der neomarxistischen, sozialistischen Studentenverbände. Danach versteht sich der RCDS als vordenkende Gruppe in der Politik, die aus geistigem und ideellem Engagement zur Analyse und Lösung der politischen Probleme der Gesellschaft beitragen und für eine ständige Reform der gesellschaftlichen Zustände eintreten will. Da die politischen Verhältnisse in der BRD entscheidend durch die politischen Parteien bestimmt werden, kann für den RCDS die Verwirklichung von Reformvorstellungen und die konstruktive Kritik bestehender Mißstände nur sinnvoll durch direkte Einflußnahme auf eine politische Partei erreicht werden. Der RCDS hat bei seiner Gründung den Terminus „christlich-demokratisch“ in seinen Namen aufgenommen. Damit hat der RCDS als eine seiner zentralen Aufgaben die Verbindung des christlichen Menschenbildes mit den Prinzipien der Demokratie definiert. Dies kann nur durch die ständige Reflexion über die Grundlagen von Politik und Entwicklung der modernen Industriegesellschaft wie der Programmatik und Praxis der Politik der CDU/CSU geschehen. Innerverbandlich bedeutet diese Aufgabenstellung die Notwendigkeit einer permanenten Diskussion und einer ständigen Weiterentwicklung der politischen Grundlagen des RCDS.

Christliches Menschenbild und demokratisches Gesellschaftsverständnis vermitteln dem RCDS eine politische Grundhaltung und daraus resultierende Regulativprinzipien, die sich in vielem mit der abendländischen Tradition des Humanismus, Liberalismus und Sozialismus decken. Die Verbindung von Achtung des Individuums und seiner Sozialbezogenheit stellen allerdings ein originäres Politikverständnis aus christlicher Sicht dar. Damit überwindet der RCDS gleichermaßen den schrankenlosen Liberalismus mit seiner Tendenz zum Egoismus wie den zum Kollektivismus neigenden Sozialismus.

Als christlich-demokratischer Studentenverband sieht sich der RCDS im Spannungsfeld von Studentenschaft und Partei. In der Studentenschaft ist er ein Angebot an die fortschrittliche Mitte für die dringende Weiterentwicklung der Gesellschaft und ihrer Institutionen durch permanente Reformen. Das Verhältnis zur Partei wird durch eine kritische Distanz gegenüber der Politik der Partei bestimmt, wobei der RCDS durch konstruktive Vorschläge die Fehler oder Versäumnisse der Partei zu überwinden sucht. Nur seine unabhängige Willensbildung garantiert dem RCDS auch Unabhängigkeit im politischen Handeln und schafft die Voraussetzung, politische Konzepte und Ideen in die Partei tragen zu können. Um aber andererseits seine Einflußnahme so effektiv wie möglich zu gestalten, will der RCDS auf eine möglichst weitgehende Kooperation mit der Partei auf allen Ebenen dringen. Daher muß der RCDS der Partei eine aktive, sachliche Auseinandersetzung über politische Zielvorstellungen aufzwingen. Darüberhinaus muß sich der RCDS für diese Taktik Verbündete nicht nur unter den Studenten, sondern auch innerhalb der Partei suchen. In dieser Auseinandersetzung für die ständige Reform der Gesellschaft will der RCDS alle Mittel innerparteilicher Demokratie ebenso einsetzen, wie die Möglichkeiten der demokratischen Einflußnahme auf die Politik, die jedem Bürger in diesem gesellschaftlichen System zustehen. Der RCDS versteht diese Politik als ein Angebot an die jüngere Generation, insbesondere die Studenten, die bereit sind, sich in einer langfristigen Strategie für eine konkrete Humanisierung der industriellen Gesellschaft nicht nur in der BRD einzusetzen.

Daß es dem RCDS mit dieser neuen politischen Grundhaltung ernst ist, hat er nicht nur durch eine Reihe von Reformforderungen und Schriften, sondern auch durch sein kritisch, konstruktives Auftreten auf den CDU-Parteitag von 1968, 1969 und 1971 und seine aktive Mitarbeit in den verschiedenen Kommissionen, die ein Reformkonzept für die CDU ausarbeiten sollen, bewiesen. Darüberhinaus hat sich der RCDS zu dem entschiedensten Gegner der revolutionären Linken gemacht, indem er deren Thesen nicht nur ablehnte, sondern darüberhinaus diese konkrete Reformvorstellungen entgegengesetzte. Die Aufgabe, eine Mehrheit der Studenten von der Richtigkeit seiner Alternative zu überzeugen, muß der RCDS in den nächsten Jahren noch bewältigen, was um so leichter sein wird, je reformfreudiger und aufgeschlossener die CDU ihre Politik mit langfristigen Zielvorstellungen auf die zukünftige Gestaltung der industriellen und nachindustriellen Gesellschaft in der BRD ausrichtet.

ZUM SELBSTVERSTÄNDNIS DES RCDS

von Peter Radunski

Der RCDS ist ein politischer Studentenverband, der sich als **vordenkende Gruppe** in der Politik versteht und aus geistigem und ideellem Engagement zur Analyse und Lösung der politischen Probleme unserer Gesellschaft beitragen will.

A. Politik und Gesellschaft

Es ist das Lebensproblem der modernen Gesellschaft, wie die Spannung zwischen den **Erfordernissen der Industriegesellschaft** nach Rationalisierung und Funktionalisierung und dem **Ziel des Menschen** nach einem sinnvollen und erfüllten Leben gelöst wird.

Mit dem **parlamentarischen Regierungssystem** hat unsere Gesellschaft eine rechts- und wohlfahrtsstaatliche Entwicklung durchlaufen, die beachtliche Ansätze für eine freie Lebensgestaltung bietet.

Indem es **wirtschaftliche Stabilität** ermöglichte und durch seine **Sicherheitspolitik** erfolgreich dem kommunistischen Druck widerstand, schuf es die Voraussetzung für **politische Freiheit** des einzelnen.

In der Auseinandersetzung der politischen Systeme in Deutschland setzte die Bundesrepublik die Maßstäbe für soziale Wohlfahrt und Lebensstandard.

Diese bisherige Entwicklung in der BRD entsprach weitgehend den **Wählerwünschen**. Das Spiel der Parteien und Gruppen ermöglichte wirtschaftliche und soziale Ergebnisse, die eine große Mehrheit der Bürger **materiell zufrieden** stellen.

Die politischen Maßnahmen und die Konzeptionen der **verantwortlichen Politiker** wurden jedoch dem oben beschriebenen zentralen Lebensproblem nicht gerecht. Unsere gestaltenden politischen Kräfte haben **keinen geistigen Entwurf** für die Rolle des Menschen in der modernen Zivilisation entwickelt.

Zwar war das freie Spiel der politischen Kräfte in der Bundesrepublik als Zeichen der pluralistischen Ordnung unserer Gesellschaft eine Voraussetzung für alternative Lösungsvorschläge. Es pendelte sich jedoch auf einen **status quo** bloßer materieller Befriedigung und kurzfristiger tagespolitischer Maßnahmen ein, der wesentliche Bedürfnisse des Menschen außer acht ließ.

Das **Parlament** hörte auf, als Kristallisationspunkt politisch relevanter Auffassung, als Forum der Probleme in der Gesellschaft und echtes Kontrollorgan der Regierung geachtet zu werden. Die **Parteien** gaben oftmals Antworten auf Fragen, die keiner stellte. Sie erkannten nicht genügend

ihre Aufgabe, als **Bindeglied** zwischen Regierung und Regierten auf der einen Seite für Strukturverbesserungen und Zukunftsbewältigung der Gesellschaft sorgen und auf der anderen Seite dem einzelnen Orientierungshilfen in der fortschreitend technisierten Welt geben zu müssen. Die Parteien haben 3 wesentliche Funktionen zu erfüllen:

- Interessenintegration
- Personalauslese
- Artikulationsfunktion, d. h. sie müssen die geistigen Tendenzen der Zeit in politische Fragen und Maßnahmen umsetzen. Vor allem die Artikulationsfunktion haben sie nur in ungenügendem Maß wahrgenommen, weil sie sich häufig nur an kurzfristigen Wählerwünschen orientierten.

Sie haben zwar Verfahren und Formeln zum Ausgleich materieller Interessen und zum Aufstieg von Nachwuchspolitikern entwickelt, waren jedoch **wenig attraktiv** für Mitglieder, die ihr politisches Engagement aus dem Ringen mit den geistigen Tendenzen unserer Zeit beziehen.

Dieses Personaldefizit der politischen Parteien an Menschen, die die Einmaligkeit und Tragweite politischer Entscheidungen für die menschliche Entwicklung erkennen, ausgleichen zu helfen, muß eine Aufgabe eines politischen Studentenverbandes sein.

B. Folgerungen für das Selbstverständnis des RCDS

Als christlich-demokratischer Studentenverband steht der RCDS im Spannungsfeld zwischen Studentenschaft und CDU/CSU.

In der **Studentenschaft** ist er ein Angebot an die demokratische **fortschrittliche Mitte**, für die dringende Weiterentwicklung dieser Gesellschaft und ihrer Institutionen einzutreten. Die selbstgewählte Rolle als vordenkende Gruppe kann der RCDS nur erfüllen, wenn er sie mit den Gegebenheiten der studentischen Situation vereinbart und mit der Wissenschaft verbunden bleibt. Gerade in der Studentenschaft erweisen sich die personellen und sachlichen Bedingungen für eine vordenkende Gruppe als besonders günstig:

Einerseits ergibt die Studentenschaft ein hervorragendes Feld zur Rekrutierung **kritischen Personals**, andererseits ist die Universität noch immer eine Instanz unserer Gesellschaft, wo das Angebot an Analysen und **Entwürfen mit alternierendem Inhalt** zum Bestehenden sehr reichhaltig ist. Hier erwachsen vor allem der Studentenschaft durch ihre kritische wissenschaftliche Arbeit und die soziale Ungebundenheit besondere Chancen und Aufgaben.

Als **parteinaher Verband** bezieht der RCDS Inhalt und geistige Spannung seiner Arbeit auch aus der Nähe zur CDU/CSU. Er bekennt politisch Farbe, ohne deshalb parteipolitischer Engstirnigkeit zu verfallen. Das Verhältnis zur CDU/CSU ist durch folgende Bedingungen bestimmt:

1. Seine unabhängige Willensbildung garantiert dem RCDS **Unabhängigkeit im politischen Handeln** und schafft die Voraussetzung, politische Konzepte und Ideen in die Partei zu tragen.

2. RCDS-Mitglieder gehören nicht automatisch der CDU/CSU an. Sie betrachten den RCDS aber als eine kritische, parteinahe Gruppe, die ihnen Einsicht in die CDU/CSU-Politik gibt und hilft, die wesentlichen konzeptionellen Fragen zu klären, die bei einem Parteibeitritt entscheidend sind. Sie wollen sich die CDU/CSU gewissermaßen als eine Partei definieren, in der sie künftig politisch arbeiten können. Daher bedeutet RCDS-Arbeit nicht zuletzt auch **Reflexion über Gestalt, Politik und geistige Grundlagen** der CDU/CSU.

So hat der RCDS Ansätze zu einer Parteitheorie und -struktur erarbeitet, die teilweise bereits verwirklicht wurden. In der RCDS-Schrift „Zukünftige Aufgaben und Gestalt der CDU/CSU“ wurde die RCDS-Forderung aus dem Jahre 1963 nach einem **Generalsekretär** und die RCDS-Forderung nach einem **Aktionsprogramm** aufgegriffen (These 16 und These 2). Für die Zukunft drängt der RCDS gemäß seinem Grundsatzprogramm vom Oktober 1969 auf eine **Stärkung der innerparteilichen Demokratie**, einen Zusammenschluß von CDU/CSU, eine radikale Erneuerung der Parteiorganisation und vor allem eine zukunftsweisende gesellschaftspolitische Konzeption.

Dieser Ansatz hat dem RCDS bereits einen beträchtlichen Einfluß auf die Neuorientierung der CDU-Bundeskulturpolitik und CDU-Sozialpolitik gebracht. Dieser Einfluß muß vor allem für die Außenpolitik gleichermaßen wirksam werden.

3. Als Studentenverband sieht der RCDS seine Aufgabe vornehmlich auch darin, **bildungs- und hochschulpolitische pressure-group in der Gesellschaft** zu sein. Vor allem kämpft er für die soziale Chancengleichheit im Bildungswesen, eine gerechte Ausbildungsförderung, eine demokratische, effiziente und transparente Organisation unserer Bildungseinrichtungen und die kritische, pluralistische Funktion der Wissenschaft. Schon 1966 hatte der RCDS mit seiner Kampagne „Student auf's Land“ großen Erfolg. Eine ähnliche Aktivität entfaltet der RCDS seit Ende 1969 gegen den Numerus Clausus.

Da der RCDS als einziger deutscher Studentenverband bewußt die Nähe zu einer politischen Partei hält, bewahrt er sich nicht nur die Chance, über eine führende Partei seine Vorstellungen in die praktische Politik zu vermitteln. Durch seine Interessenunabhängigkeit kann er auch die Möglichkeit nutzen, undemokratische Praktiken, personelle Fehlentscheidungen und reaktive, konservative Positionen zu kritisieren und Alternativen aufzuzeigen. Daher bewahrt sich der RCDS immer eine kritische Distanz gegenüber der Partei, weist auf Fehler und Versagen der CDU/CSU-Politik hin und sichert sich dadurch jene **Selbständigkeit**, die Voraussetzung für eine vordenkende Gruppe ist. Auf dieser Basis kämpft

der RCDS um eine neue Politik der Union, um die Durchsetzung eines zeitgemäßen Problembewußtseins, geistiger Offenheit und Beweglichkeit der Partei. Diese kritische Haltung trug vor allem auf den Parteitagen der CDU in Berlin, Mainz und Düsseldorf dazu bei, die CDU aufgeschlossener für Zukunftsfragen zu machen. Erforderlich ist, daß der Einfluß des RCDS in den einzelnen Ortsgruppen und Kreisverbänden der CDU wächst.

C. Zur Arbeit des RCDS

1. In der Arbeit einer vordenkenden Gruppe nimmt die Reflexion über die geistigen Grundlagen der Politik eine zentrale Stellung ein. Der RCDS hat in Anlehnung an die CDU bei seiner Gründung 1951 den Terminus „**christlich-demokratisch**“ in seinen Namen gesetzt. Er hat damit das **historische Phänomen** der europäischen Nachkriegszeit in sich aufgenommen, eine politische Mittelposition mit der Verbindung des christlichen Menschenbildes und des demokratischen Gedankens zu finden.

Im dritten Reich fanden sich die beiden Konfessionen im Widerstand zusammen und bereiteten die Gründung einer neuen Partei vor, die die Tradition des politischen Katholizismus, der christlichen Soziallehre, der evangelischen Arbeiterbewegung und des evangelischen Konservatismus mit dem demokratischen Gedanken verband.

Die damals entstandenen Ideen haben **in vielen Ländern Europas Mehrheitsparteien** erzeugt, die die mit dem Namen De Gasperi, Schumann und Adenauer verknüpfte europäische Bewegung befruchteten.

Für die Gegenwart stellt sich dem RCDS sowohl die Frage nach dem **konkreten Bezug** christlich-demokratischer Idee und praktischer Politik, als auch die Frage nach der **zukünftigen Bedeutung** dieser Idee.

a) **Politik eines christlich-demokratischen Studentenverbandes** ist abzugrenzen:

Negativ:

Der RCDS ist kein Studentenverband, in dem allein Christen politisch wirken können. Er ist **kein missionarischer Hilfsverein** oder Interessenvertreter für Kirchen und Studentengemeinden. Er ist nicht die einzig mögliche Studentengruppe für engagierte Christen.

Positiv:

Christliches Menschenbild und Gesellschaftsverständnis können RCDS-Mitgliedern eine politische Grundhaltung und daraus resultierende **Regulativprinzipien** vermitteln, die sich in vielem mit der abendländischen Tradition des Humanismus, Liberalismus und Sozialismus decken.

Ein Essential im Verständnis einer solchen Politik ist die **Verbindung** aus **Achtung des Individuums** (Personalitätsprinzip) und **Sozialbezogenheit** (Solidaritätsprinzip), die damit den schrankenlosen Liberalismus mit seiner Tendenz zum Egoismus sowie den kollektivistischen sozialistischen Ansatz überwindet. Eine solche Politik setzt sich insofern Schranken, als

sie einen größtmöglichen **persönlichen Freiheitsraum** respektiert und damit eine politikfreie Sphäre des menschlichen Lebens garantiert. Zugleich will sie aber auch die **Forderungen der Gemeinschaft** gegenüber Partikularinteressen durchsetzen und für eine Stärkung der Demokratie und der Mitbestimmungsmöglichkeiten aller eintreten. Sie ist **geschichtsbezogen und konkret**, da sie nicht die heutige Generation um des Glücks der Nachkommen willen unterdrückt, sondern dem gegenwärtigen Menschen in der Gesellschaft die Chance geben will, sich gemäß den Menschenrechten zu verwirklichen.

b) Politik eines christlich-demokratischen Studentenverbandes ist notwendig **antitotalitär**.

Rechter und linker Totalitarismus als Idealtypus gesehen suchen perfekte politische Ordnungen. Das ist jedoch ein Grundansatz politischen Denkens, der der Endlichkeit und Begrenztheit des Menschen nicht gerecht wird. Darüberhinaus widerspricht die Behauptung, daß eine Kaderpartei als Avantgarde der Gesellschaft nur historische Gesetzmäßigkeiten vollzieht, den elementaren Bedürfnissen des Menschen nach Freiheit und Selbstbestimmung. Eine demokratische Politik dagegen muß die pluralen Strömungen in der Gesellschaft berücksichtigen und eine konkrete Programmatik im Rahmen einer **realen Utopie** für die Integration der Gesellschaft und die Stärkung der Möglichkeiten des einzelnen entwickeln. Die Verwirklichung dieser realen Utopie versteht sie als geplanten Fortschritt im Rahmen demokratischer Spielregeln in und mit dieser Gesellschaft.

Die Geschichte westlicher Demokratien hat erwiesen, daß diese Gesellschaftsordnung den Weg für langfristige, entscheidende Veränderungen bereitet, die den durch eine Revolution möglichen Fortschritt weit übertreffen. Diese Reformen können mit den Mitteln der vorhandenen Institutionen erreicht werden. Die Antwort unserer Demokratie auf den Ruf nach Revolution muß die **Reform, die „Revolution in verträglicher Dosis“**, sein.

2. Der RCDS bemüht sich um die systematische Erfassung aller Möglichkeiten, wie mit den politischen Institutionen unserer Gesellschaft diese Reformen von Seiten der Studenten gefördert werden können. Er hat in seinem Grundsatzprogramm rationale **politische Verhaltensweisen** und Aktionsformen der Studenten erarbeitet.

Damit hat der RCDS die emotionelle Agitationspraxis linksradikaler Gruppen widerlegt und durch **Formen rationaler Auseinandersetzung** ersetzt.

3. Der RCDS hat, dem Wandel der weltpolitischen Situation gemäß, eine **Definition der außenpolitischen Rolle** der Bundesrepublik im Rahmen einer **Strategie des globalen Friedens** gefunden, die Richtschnur eines zukunftsweisenden außenpolitischen Selbstverständnisses der BRD sein sollte.

Damit zeigt der RCDS seine Aufgeschlossenheit und Offenheit für internationale Zusammenarbeit und Integration.

POLITIK EINER KONKRETEN HUMANISIERUNG

von Detlef Stronk

Der politische Grundansatz der Studentenpolitik muß neu überdacht werden. Denn weder das Selbstverständnis der reinen Interessenpolitik, wie es manche Studentenfunktionäre propagieren, noch der eher romantische, kulturpessimistische Protest der anti-autoritären Studentenbewegung gegen die moderne Industriegesellschaft reichen aus, der Studentenpolitik eine sinnvolle Funktion zuzuweisen. Diese Funktion kann nur sein: Motor der gesellschaftlichen Entwicklung. Sowohl Anpassung, als auch Destruktion sind da falsch am Platz.

Es gibt gegenwärtig im Grunde genommen nur 2 ernstzunehmende politische Studentenverbände, die, wenn auch mit unterschiedlichen Absichten, eine solche Entwicklung vorantreiben können, weil sie die organisatorischen Voraussetzungen und die notwendige Parteinähe mitbringen: Der RCDS und — der DKP-Spartakus (AMS). Der Spartakus hat früher oder später (im VDS ist es bereits der Fall) die studentische Linke in den Griff bekommen und sie auf den kommunistischen Kollektivismus programmieren. Dieser Ansatz wird eine immer größere Faszination ausüben, weil die Gesellschaft in der BRD wichtige Gemeinschaftsaufgaben vernachlässigt hat und ein solidarisches Gefühl häufig nur auf dem Fußballplatz vorhanden ist. Das zeigt sich am deutlichsten daran, daß noch im Jahre 1970 Millionen von Menschen in kargen Verhältnissen leben müssen oder praktisch den Status eines Sozialhilfeempfängers haben. Das zeigt sich auch daran, daß ein verhältnismäßig kleiner Prozentsatz der Bevölkerung etwa 70 % des Produktivkapitals besitzt.

Der CDU-Professor Burgbacher (MdB) hat Recht, wenn er diese Tatsachen einen Skandal nennt. Er hat aber auch Recht, wenn er darauf hinweist, daß das politische System in der BRD die Voraussetzungen für eine fortschrittliche soziale Entwicklung geschaffen hat. Die vorhandenen Mittel müssen eben genutzt werden.

An diesem Punkt muß der RCDS ansetzen. Er muß einerseits der Studentenschaft klar machen, daß das politische System reformwürdig ist. Und er muß in der permanenten Auseinandersetzung mit den führenden Politikern und ihren Organisationen nachweisen, daß es reformfähig ist. Die Leitsätze des RCDS gehen von der Notwendigkeit der Verbesserung der sozialen und politischen Stellung des einzelnen aus und bedeuten daher „Demokratisierung“ im eigentlichen Sinne, nämlich konkrete Humanisierung und übertreffen damit die nur scheinbar progressiven Thesen der Jungsozialisten.

Verbände, andere Kollektiv-Organisationen und vor allem die Bürokratie brauchen in der BRD nicht weiter gestärkt zu werden, denn das würde nur auf eine verdeckte Sozialisierung bzw. Verstaatlichung auf kaltem Wege hinauslaufen, welche bekanntlich dem einzelnen nichts nützen, sondern eine „neue Entmündigung“ (Dahrendorf) in einer konformen Gesellschaft bedeuten. Das würde all den Erkenntnissen zuwiderlaufen, die der „Prager Frühling“ dem unvoreingenommenen Beobachter lieferte: Daß es auch den Menschen in den sozialistischen Staaten um Freiheit, Verwirklichung der Menschenrechte und damit um Selbstbestimmung geht. Es wäre jedoch falsch, unter „konkreter Humanisierung“ nur die Verbesserung der politischen und sozialen Stellung des einzelnen zu verstehen. Der RCDS hat in seinem Grundsatzprogramm im Jahr 1969 aufgezeigt, daß eine Politik der „realen Utopien“ wichtige Gemeinschaftsaufgaben ernsthaft anpacken muß: So z. B. die Schaffung eines sozialen Vorwarnsystems, Verbesserung der Infrastruktur, Städtesanierung, Hebung des sozialen Minimums. Das Gleiche gilt für die Außenpolitik: Konfliktforschung, Kreation von Friedensmodellen, Überwindung des Nord-/Süd-Konfliktes usw. Hier ist es eine wesentliche Aufgabe der Studentenpolitik, die Aufmerksamkeit der Politiker über die Bewältigung von Tagesfragen hinaus auf diese Zukunftsfragen zu lenken.

Wenn unsere Gesellschaft dem einzelnen die Möglichkeit der Teilhabe am politischen und sozialen Prozeß bietet und die Politik das Solidaritätspostulat verwirklicht, sind sowohl das sozialistische als auch das liberale Grundanliegen erfüllt. Diese Realisierung kann jedoch nur eine Politik leisten, die auf keine der beiden Prinzipien allein eingeschworen ist. Darin liegt die außergewöhnliche Chance einer christlichen Grundhaltung in der Politik: In einem Verständnis des sozialen Prozesses, der die Bedürfnisse des Individuums und der Gemeinschaft miteinander in Einklang bringt. Die Gefahren des Sozialismus — die perfekte, unmenschliche Organisation — und des Liberalismus — die Isolierung des einzelnen — sind nur durch eine solche Politik zu bannen.

Das gilt auch für Teilbereiche der Gesellschaft. So müssen z. B. die Studenten darüber wachen, daß an der Hochschule sich weder das Prinzip des Kollektivismus durchsetzt, noch das Prinzip des isolierten Liberalismus behauptet: Denn Kollektivismus bedroht die Vielfalt und die schöpferische Eigeninitiative; isolierter Liberalismus verhindert Fortschritt durch partnerschaftliche, interdisziplinäre Zusammenarbeit.

Der RCDS hat schon mehrmals gegen einen parteilichen Wissenschaftsbegriff Stellung genommen, der die Hochschule zum Instrument des Klassenkampfes machen und die Wissenschaft auf ein einseitiges Modell festlegen will, anstatt Alternativen und Konkurrenz zu ermöglichen.

Hier gewinnt die Forderung nach Pluralismus ihren eigentlichen Sinn. Fortschritt wird durch freie Konkurrenz und Auseinandersetzung gefördert. Wenn die Gegner des Pluralismus behaupten, diese Konkurrenz

sei durch den Kapitalismus verschleiert, so sagt diese Behauptung noch nichts über die Richtigkeit oder Falschheit des Pluralismus-Modells aus. Außerdem ist der empirische Nachweis der Behauptung bisher nicht erbracht worden. Vollends ungläubwürdig wird die Position der Pluralismuskritiker dann, wenn sie, wie die radikalen Sozialisten, die Universität selbst formieren wollen. Der RCDS muß diesen Fehlbehauptungen immer wieder energisch entgegenreten.

Die politisch bewußten Studenten haben jedoch nicht nur die Aufgabe, einseitige politische Dogmatik an der Hochschule zu bekämpfen, sondern sie sollten die wissenschaftlichen Erkenntnisse auch in die politische Diskussion, besonders innerhalb der Parteien einführen.

Das setzt einmal voraus, daß sie in ständigem Kontakt mit den für die Politik bedeutsamen Forschern stehen. Hierfür sind geeignete Organisationsformen zu finden. Zum anderen müssen praktikable Methoden zur Durchsetzung neuer politischer Ideen entwickelt werden. Jede elitäre Erheblichkeit wäre falsch, weil sie die Studenten von der Bevölkerung isoliert. Stattdessen muß die notwendige Funktion der Wissenschaft als Antrieb der gesellschaftlichen Evolution klargemacht werden.

Die Studenten haben als eine „sozial freischwebende Schicht“, die noch nicht dem Interessenkonglomerat der an Fortkommen und Sicherheit interessierten Berufstätigen verhaftet sind, eine besonders günstige Ausgangsposition, das Wohl des Ganzen im Auge zu behalten und interessenunabhängige Modelle zu entwerfen. Daraus ergibt sich auch eine Verpflichtung. Unpolitisches „Fachidiotentum“ überläßt radikalen Fanatikern kampfflos das Feld. Das kann sich gerade in einer Demokratie als tödlich erweisen . . .

Politik für die Zukunft muß sich an dem Gedanken der demokratischen Selbstbestimmung orientieren, eine solidarische Gesellschaft anstreben und politischen und kulturellen Pluralismus ermöglichen. Eine solche Politik der konkreten Humanisierung kann mit den Mitteln des politischen Systems in der BRD verwirklicht werden. Die Studenten haben dabei eine besondere, vorwärtstreibende Funktion. Der RCDS sollte dabei die Speerspitze der studentischen Reformbewegung bleiben und die Irrealität jedes Utopismus und Aktionismus aufdecken.

DIE NEUE CDU DISKUSSION UND SOLIDARITÄT

von Wolfgang Kirsch

THESE 1

Die Union kann nur durch zukunftsorientierte Politik die Mehrheit erlangen

Es muß zuerst einmal gleichgültig sein, von wo ein demokratischer Politiker seine Mehrheit bezieht. Gleichgültig aber nur solange und nur soweit, als er die Prinzipien seiner Politik nicht aufgeben muß. Ob berechtigt oder nicht: Die bisherige Oppositionszeit hat der Union nicht das Image einer fortschrittlichen, nach vorn ausgerichteten Partei gegeben. Das ist um so problematischer, als die Analyse des Wählerverhaltens bei der letzten Bundestagswahl zeigt, daß die Union nicht nur in katholischen Gebieten, sondern auch besonders in Kreisen des städtischen Mittelstandes, also bei Angestellten und Beamten, starke Verluste hinnehmen mußte. Genau in diesem Bereich gelang der SPD ein Einbruch. Dieses Ergebnis wiegt auch deshalb so schwer, weil es sich bei diesen Gesellschaftsschichten um die in einer modernen Industriegesellschaft quantitativ bedeutendsten handelt. Diese Schichten sind ganz sicher nicht mehr mit „Keine Experimente“ — und „Sicher ist sicher“-Parolen zu gewinnen. Die Union muß deshalb aber nicht eine von der Zeit diktierte „linke“ Politik machen, denn hierbei würde sie genauso ihre Grundsätze verraten: vielmehr müssen vorwärtsgewandte Ideen für die Bewältigung der Zukunft von der Partei in die Diskussion gebracht werden, die ehrlich und überzeugend vorgebracht werden und zu einem Engagement reizen. Die Westintegration, die soziale Marktwirtschaft, die europäische Union z. B. waren solche Ideen. Der Partei sind zukunftsweisende Ideen ausgegangen, sie ist am Pragmatismus der Alltagspolitik gescheitert. Erst wenn es ihrer Politik wieder gelingt, sich mit solchen Vorstellungen auseinanderzusetzen und sie zu vertreten, wird man ihr auch abnehmen, daß sie sich überzeugt und begründet für die Wiedervereinigung Deutschlands, die freie Verbraucherentscheidung usw. einsetzt. Zu oft sind Leerformeln benutzt worden, die den Glauben an die Partei und ihre Ziele erschüttert haben.

THESE 2

Die Beteiligung der Mitglieder bei der Willensbildung in der Partei muß realisiert werden

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft der Partei ist ein stärkeres Engagement des einzelnen Parteimitgliedes und der Unterorgani-

sationen. In diesem Zusammenhang wird bei der CDU darauf verwiesen, das Berliner Programm sei ja vorbildlich beraten worden und auch für die „Weiterschreibung“ seien ca. 7000 Änderungsanträge beim Parteivorstand eingegangen. Das ist richtig und in der deutschen Parteigeschichte ohne Beispiel. Ist deshalb aber die CDU schon eine Partei der Diskussion und Auseinandersetzung?

Wer schaut denn ins Parteiprogramm, wenn er zu einem bestimmten Problem sprechen soll? Wo hat ein Programm noch Sinn, wenn sich der Vorsitzende in der abschließenden Pressekonferenz in Berlin von einem wesentlichen Beschluß distanziert? Und wie wenig überzeugend ist das Programm in die öffentliche Diskussion eingebracht worden? Dann bleibt von der Begeisterung nicht viel. Das Berliner Programm dient der Parteispitze, immer wieder zu behaupten, bei der CDU würde diskutiert, die CDU sei eine dynamische und mobile Partei: was aber im Berliner Programm überhaupt steht, hat die Öffentlichkeit nur selten erfahren. Durch eine Pervertierung des Programms wird das Engagement des Mitgliedes zu einer reinen Farce und zu einer gefährlichen Augenwischerei. Gefährlich deshalb, weil die Partei sich und der Öffentlichkeit vormacht, die Willensbildung der CDU würde von unten nach oben verlaufen. Die Willensbildung aber, die so „demokratisch“ zustande kommt, ist ohne Belang und ohne Bedeutung für die CDU-Politik und wird bei nächster Gelegenheit aufgrund von „Sachzwängen“ wieder aufgeben. Willensbildung zu CDU-Parteiprogrammen ist offensichtlich ein reines Sandkastenspiel, das neben den Wahlkämpfen alle zwei Jahre als Alibi für die Öffentlichkeit aufgeführt wird und zur Beschäftigung der Mitglieder dient.

THESE 3

Personalentscheidungen sollen durch Urabstimmungen der Mitglieder getroffen werden

Eine stärkere Beteiligung der Mitglieder sollte nicht nur bei sachpolitischen Fragen erfolgen, sondern auch bei wichtigen Personalentscheidungen. Es sollten deshalb über die Präsidentschaftskandidaten, den Kanzlerkandidaten, den Ministerpräsidentenkandidaten auf Landesebene und — was ja wohl sehr akut ist — über den Parteivorsitzenden Urabstimmungen der Mitglieder stattfinden. Die Union wird dadurch zu einer attraktiven Partei, da sie dann jedem Mitglied die Möglichkeit gibt, direkt politischen Einfluß auszuüben; außerdem müßten sich die Parteivorsitzenden mehr als bisher um die Partei kümmern, um bei der nächsten Wahl wieder erfolgreich zu sein. Schließlich wird durch eine solche Regelung über die Personaldiskussion eine stärkere Sachdiskussion ausgelöst.

Die CDU sollte einen Anfang machen und ihren Parteivorsitzenden in diesem Jahr durch eine solche direkte Abstimmung der Mitglieder wählen und damit wieder einen Schritt vor den jetzigen Regierungsparteien sein, die sich in den letzten 20 Jahren so erfolgreich der CDU/CSU angepaßt

haben. Ein auf diese Art und Weise gewählter Vorsitzender würde auch eine größere Vertrauensbasis und Unterstützung in der Partei haben.

THESE 4

Die theoretische Bildung der Mitglieder muß verbessert werden

Für die notwendige dauernde Diskussion muß die politische Bildungsarbeit innerhalb der Partei auch auf theoretischem Gebiet verstärkt werden, um überhaupt erst die Möglichkeiten für politische Auseinandersetzungen zu schaffen. Das kann aber nicht durch zwei Seminare pro Jahr geschehen, sondern muß durch entsprechend ausgearbeitete, straffe Wochenendseminare mit Wissenskontrolle geschehen, die zentral auf Landes- und Bundesebene durchgeführt werden. Man muß sich in der Partei daran gewöhnen, daß die Diskussion über politische Themen nicht schon nach der Lektüre des „Deutschen Monatsblattes“ und der Lokalzeitung beginnen kann, sondern daß einiges mehr dazu gehört.

Diese auch theoretische Ausbildung ist in Zukunft deshalb so bedeutend, weil die Auseinandersetzungen wieder stärker grundsätzlicher Art werden als in den letzten 10 Jahren und immer mehr die bisher von allen akzeptierten Grundlagen der Politik der BRD in Frage gestellt werden. Welches Unionsmitglied kann denn schon verständlich erklären, was „christlich-demokratische“ Politik ist und wie sie sich in der konkreten Tagespolitik äußert?

Daneben sollte die Partei einen ständigen Kader von jungen Leuten aufbauen, sie fachlich und politisch ausbilden und dann jeweils als Ratgeber bei Wahlkämpfen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene einsetzen. Zum einen brauchte nicht jeder Kreisverband ein Seminar über Canvassing zu veranstalten, und zum andern hätte man in diesem Bereich keine Personalsorgen mehr.

THESE 5

Parteimitglieder müssen sich in ihrem Lebensbereich zu christlich-demokratischer Politik bekennen

Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sein werden, wird es möglich sein, die Union an der Basis ihrer Arbeit in den einzelnen Kreisverbänden offensiver als in der Vergangenheit zu vertreten. Bis zum Herbst 1969 konnte man es sich als CDU-Mitglied erlauben, sich in seiner Funktion im Gemeinderat, im Vorstand des Kegelclubs usw. politisch zu neutralisieren und von seinem Engagement für christlich-demokratische Politik zu schweigen: oft genug konnte man ja die legitimen Vertreter der Union in der Öffentlichkeit sehen, hören und von ihnen lesen. Das ist in der Opposition anders. Das Bild der Partei wird jetzt stärker durch das persönliche Engagement des einzelnen Mitgliedes in seinem speziellen Lebensbereich bestimmt. Das offene Bekenntnis zur CDU/CSU ist des-

halb so notwendig wie noch nie in einem Bereich, in dem die Regierung nicht in Konkurrenz zur Union treten kann.

Durch solche Aktionen muß deutlich werden, daß die Partei nicht nur während der Wahlkämpfe für den Bürger da ist, sondern während des gesamten Jahres arbeitet und sich um die ersten und direkten Interessen der Bürger kümmert. Auch das magische Starren der Partei nach Bonn, das Ausgerichtetsein auf den Kanzler (und Parteivorsitzenden), das Abwandern der Parteigrößen aus der Kommunal- und Landespolitik haben zu einem großen Teil zum Verlust der Regierung in Bonn geführt.

THESE 6

Die Bundespartei muß einen Jugendreferenten einsetzen und das Verhältnis zu den Intellektuellen verbessern

Gleichzeitig muß aber auch auf Bundesebene auf bisher vernachlässigte Gesellschaftsgruppen Rücksicht genommen werden, müssen ihre Probleme erkannt und mit Hilfe der Partei gelöst werden. Ein Anfang sollte gemacht werden durch die Einsetzung eines „Jugendreferenten“ bei der Bundesparteileitung, der zum einen Modelle einer stärkeren Mitarbeit der Jugendlichen innerhalb der Partei ausarbeitet und der zum anderen die Verbindung zu den freien Jugendorganisationen hält. Die Partei gibt damit keine Grundsätze auf oder macht eine modernistische Politik, sondern sie holt nur Versäumtes nach. Wenn man sich die verschwindend geringe Mitgliederzahl der Parteien anschaut und die Parteiaversion der Jugend in Betracht zieht, die auch eine der Ursachen der Studentenunruhen von 1966—1969 war, dann muß die CDU eine Lösung für die Zukunft finden. Die Beteiligung der Staatsbürger am politischen Entscheidungsprozeß und Heranführung der Jugend an die politische Wirklichkeit sind nicht nur wichtige Aufgaben der Partei, sondern auch die Voraussetzung für das Funktionieren der freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung in der BRD.

Daneben muß es sich die Parteileitung zur Aufgabe machen, endlich das zu einem großen Teil durch die Union mitverschuldete Vorurteil vom „linksstehenden Geist“ aus der Welt zu räumen. Gerade die jetzigen Vertreter sollten zu einer aktiven Auseinandersetzung mit den „linken Intellektuellen“ fähig sein. Dazu gehört es dann eben auch, daß führende Unions-Vertreter klammheimlich oder überhaupt nicht z. B. die Buchmesse in Frankfurt besuchen, sondern offiziell. Dadurch wird erreicht, daß die Union endlich auch mal — um es einfach auszudrücken — auf die Feuilleton-Seiten kommt, was ihr in den letzten 20 Jahren wegen ihrer eigenen Arroganz verwehrt war. Außerdem sollte die Union einen Kongreß veranstalten, auf dem sie sich mit jungen (und schon etablierten) Künstlern über gesellschaftspolitische Probleme auseinandersetzt. Nach einem solchen Kongreß wird sicher vieles nicht mehr über die Union behauptet werden können. Und, was noch wichtiger ist, durch alle diese

Schritte würde endlich den inhaltslosen Assoziationen von „links-demokratisch-gut“ und „rechts-undemokratisch-schlecht“ ein Ende bereitet.

THESE 7

CDU und CSU müssen einen gemeinsamen programmatischen Parteitag durchführen, um die Voraussetzung für eine Fusion zu schaffen

Man muß kein Gegner der Partei sein, um festzustellen, daß die CSU eine Politik der „Nationalen Interessenvertretung“ betreibt und ihr innenpolitisches Selbstverständnis als „Ruhe- und Ordnungspartei“ mit den autoritären Vorstellungen der national-konservativen Kräfte in der BRD zusammenfällt. Die CSU ist nicht die Partei der Reformen, des Suchens nach besseren Wegen und der Offenheit zur Diskussion und Auseinandersetzung. Der Auftrag, den das „S“ im Parteinamen symbolisiert, wird von ihr nicht erfüllt.

Wenn die Union wieder zurück in die Bonner Regierung will, muß sie vorher das Verhältnis von CDU/CSU klären. Es ist dem Wähler nicht zuzumuten, ihn im Unklaren zu lassen wie die Politik aussieht, die eine CDU-Regierung zusammen mit der CSU vertritt.

Das Ziel muß deshalb die organisatorische und politische Einheit von CDU/CSU sein, um diesen anachronistischen Teilungszustand aufzuheben. Natürlich wird ein solcher Schritt nicht von heute auf morgen durchgeführt. Als Übergangsorgan muß in den Satzungen beider Parteien die Bildung eines regelmäßig tagenden Koordinationsgremiums eingesetzt werden, um die politische Arbeit abzustimmen.

Die CDU muß die politischen Divergenzen mit der CSU offen und rational austragen. Am geeignetsten erscheint dafür die Durchführung eines gemeinsamen Parteitages von CDU und CSU, auf dem über programmatische Fragen diskutiert werden muß. Ein solcher Parteitag sollte allein schon deshalb möglich sein, weil die gemeinsame Fraktion von CDU und CSU einen ständigen „Parteitag“ über tagespolitische Fragen darstellt.

THESE 8

Die Union muß der immer größer werdenden Bedeutung der Entwicklungspolitik Rechnung tragen

Bisher waren die Programme der Union hauptsächlich Leistungsbilanzen, die aus Rücksicht gegenüber den Leistungsnachweisen ihrer jeweiligen Regierung nur kleine Korrekturen der eigenen Erfolge vorsahen. Von der Seite der Opposition aus muß die Union aber die Aufgabe lösen, die Wege und Ziele für die Politik von morgen und übermorgen aufzuzeigen und deutlich zu machen. Der Regierung sieht man es nach, wenn sie ihre Schwerpunkte bei tagespolitischen Themen setzt; man honoriert ihren notwendigen Pragmatismus. Da die Union die Entscheidungen nicht mehr trifft, muß sie den anderen Weg gehen.

Schon mehrmals hat die Union zwar sich in der Entwicklungspolitik engagiert, nie ist sie jedoch aus Überzeugung an die Arbeit gegangen. Das auch deshalb nicht, weil die Entwicklungshilfe nicht populär wurde und populär gemacht wurde. In der öffentlichen Meinung sind die Klischees noch nicht ausgeräumt, die es jedem Politiker schwermachen, sich für eine unpopuläre Sache zu engagieren. Die Union muß es deshalb verstehen aufzuzeigen, warum Politik der BRD nicht an den Staatsgrenzen halt machen darf und welche Probleme sich in der Dritten Welt mit der Bevölkerungsexplosion und dem steigenden Hunger ergeben, vor denen die Industrienationen nicht die Augen verschließen können.

Genau wie in der Europapolitik geht die Union auch in der Entwicklungspolitik zu stark von sicherheitspolitischen Aspekten aus. Dabei wird aber vergessen, daß neben der militärischen die wirtschaftliche Macht mindestens genauso bedeutend ist. Deshalb muß es zu den außenpolitischen Zielen der BRD gehören, soziale Katastrophen im internationalen Maßstab zu vermeiden. Der Union kommt hierbei die Aufgabe zu, ein Konzept der internationalen Solidarität zu entwickeln, das sich nicht darin erschöpfen darf, die Anerkennung der DDR durch Drittstaaten zu verhindern, sondern das vielmehr den Rahmen abstecken muß, in dem Industrienationen koordiniert die Probleme der Dritten Welt lösen können, um durch friedliche Aktionen eine gerechte soziale und politische Ordnung zur Lösung der sozialen Konflikte beizutragen.

THESE 9

Die Union muß mit den anderen europäischen christlich-demokratischen und konservativen Parteien enger zusammenarbeiten

Die Union muß die fortschrittlichen Aspekte in der Europa-Politik stärker verfolgen und nicht die Regierung allein in diesem Bereich auftreten lassen. Die politische Einigung Europas, die schnellere Vollendung der EWG, die Beseitigung aller Grenzen, die Direktwahl des europäischen Parlamentes mit Gesetzgebungs- und Kontrollhoheit und die Schaffung einer freiheitlich demokratischen Verfassung für einen europäischen Bundesstaat, all das sind Forderungen der CDU, die realisiert werden müssen, wenn sie nicht lediglich als Makulatur sein sollen.

Natürlich ist es für die Opposition schwierig, auf diesen Gebieten Aktivitäten vorzuweisen, sie muß der Regierung immer nachhinken. Deshalb ist es notwendig, daß die Zusammenarbeit mit den christlich-demokratischen Parteien im Süden Europas und den konservativen Parteien im Norden verstärkt wird und zu einem festen Bestandteil deutscher Außenpolitik wird. Hierbei kann sehr viel an Informationen gegenüber der Regierung aufgeholt werden, und die Union kann in einem Bereich konkurrieren, der ihr bisher als Opposition verschlossen blieb. Die SPD verstand es als Oppositionspartei, eine inoffizielle Außenpolitik durch ihre Verbindung zu den arabischen Staaten aufzubauen. Im gleichen Stil muß die Union im europäischen Bereich operieren.

THESE 10

Der Schwerpunkt zukünftiger Unionspolitik muß im Bereich der Gesellschaftspolitik liegen

Auch wenn beide Schwerpunkte zukünftiger CDU-Politik aus dem Bereich der Außenpolitik kommen, darf die Union doch nicht in die gleichen Fehler wie bisher verfallen und die Bereiche der Gesellschafts- und Bildungspolitik schlicht vernachlässigen, sondern sie muß diesen Bereichen gegenüber der traditionellen Außenpolitik eindeutige Priorität einräumen. Es ist geradezu unverständlich, wenn der Parteivorsitzende, wie von einem historischen Auftrag beseelt, nur seine Aufgabe darin sieht, vor den Gefahren in der Außenpolitik die Regierung zu warnen, und kaum Anstalten macht, die Fragen, die jedem auf den Nägeln brennen, zu beantworten. Die Funktionsfähigkeit des Parlamentarismus, die Realisierung der Sozialstaatklausel, die Funktion des Einzelnen in der modernen Industriegesellschaft, das Auseinanderklaffen von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit, wirtschaftliche Strukturprobleme, die Zementierung einer Drei-Klassen-Gesellschaft durch das dreigliedrige Schulsystem, neue Formen des Städtebaues, die Funktion des Föderalismus: diese Liste ließe sich unbeschränkt fortsetzen. Es ist schon richtig, daß eine sinnvolle Außen- und Sicherheitspolitik eine Voraussetzung für eine geplante Innenpolitik ist, es muß aber auch gesagt werden, ob diese Innenpolitik nur restaurativ und beharrend ist, oder ob sie zukunftsorientiert die Fragen von morgen und übermorgen beantworten kann.

Gerade in der Opposition hat die Union die Möglichkeit, vorwärtsgerichtete Ideen zu entwickeln, die auf dem bisher Erreichten fußen und an den Anforderungen der Zukunft orientiert sind, um als Partei einen sinnvollen Beitrag für die Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu leisten.

GESCHICHTE: DER RCDS ALS VORDENKENDE GRUPPE IN DER POLITIK

von Dieter Ibielski und Wolfgang Kirsch

Vorgeschichte

Am 16. Oktober 1945 eröffnete die Friedrich-Schiller-Universität zu Jena als erste Hochschule der sowjetisch besetzten Zonen den Vorlesungsbetrieb. Kurze Zeit später wurde beim CDU-Landesverband Thüringen das Referat „Akademische Jugend“ eingerichtet, das der 1946 von der GPU zusammen mit sechs anderen CDU-Studenten verhaftete Werner Neumann (Jena) leitete. In der Folgezeit konstituierten sich die ersten CDU-Studentengruppen vor allem an den Hochschulen der SBZ in der klaren Erkenntnis, daß gerade nach dem Erlebnis des zweiten Weltkrieges und der Diktatur des „Dritten Reiches“ eine aktive Teilnahme der Jungakademiker am politischen Leben unabdingbares Erfordernis unserer Zeit sei.

Mit dem Willen, eine echte politische Diskussion innerhalb der Studentenschaft zu führen, waren die Hochschulgruppen der CDU und auch der LDP (je etwa 300 Mitglieder) wesentliche Widerstandszentren gegen die Sowjetisierung der Hochschulen. Allerdings konnten diese „bürgerlichen Studenten“ und „bürgerlichen Studentenräte“ im Zuge der Verschärfung des „Klassenkampfes“ an den Hochschulen, vor allem als die FDJ zum Träger der Studentenratswahlen erklärt wurde, ihren Einfluß nicht mehr halten. Durch Verhaftungswellen (Georg Wrazidlo, der in Berlin die CDU-Hochschulgruppe an der Universität „Unter den Linden“ geleitet hatte, wurde am 13. 3. 1947 verhaftet; Hans Beitz, Jena, im Oktober 1950), die immer radikaler gewordenen Zulassungsbestimmungen und die innere Auszehrung der Parteien, wurde das Schicksal der Hochschulgruppen rasch besiegelt.

Zahlreiche Studenten konnten aus der SBZ flüchten. Sie gehörten mit zu den Initiatoren der ersten westdeutschen Hochschulgruppen, die sich auf Grund der jeweils gegebenen Voraussetzungen verschiedenartig konstituierten, da nach 1945 sowohl bei der Militärregierung, als auch bei den Universitäten wenig Neigung bestand, politische Studentengruppen zu dulden. Ähnlich wie in der SBZ, wo eine Betätigung außerhalb der Parteien nicht möglich war und ist, ergab sich nach dem Kriege die Situation in der französischen Zone. Politische Studentengruppen konnten dort nicht ins Leben gerufen werden. Soweit sich Studenten politisch betätigen wollten, mußte dies im Rahmen der bestehenden Parteiorganisatio-

nen geschehen. In der britischen Zone bestand die Militärregierung auf der parteipolitischen Unabhängigkeit der Hochschulgruppen. In der amerikanischen Besatzungszone wurden solche Bedingungen nur teilweise gestellt.

Zahlreiche Schwierigkeiten behinderten daher in der ersten Zeit eine gemeinsame Ausrichtung der in den verschiedenen Besatzungszonen vorhandenen christlich-demokratischen Studentengruppen. Doch dann weist die Chronik ein bemerkenswertes Datum auf: März 1947 in Marburg! Auf Initiative des Universitätsausschusses des Kreisverbandes Leipzig der CDU war eine erste Tagung christlich-demokratischer Studenten einberufen worden. Die Göttinger Universitätszeitung vom 7. 3. 1947 notiert, daß zu einem Studententreffen der Jungen Union (!) vom 7. bis 10. 3. 1947 in Marburg Studenten aus allen Teilen Deutschlands erwartet werden. Aus dieser Konferenz, bei der Dr. Adenauer, Dr. Gradl und Prof. Dovifat in Referaten die geistige, politische und wirtschaftlich-soziale Situation darlegten, wurde der „Arbeitsausschuß der Studenten der Union Deutschlands“ ins Leben gerufen. Diesem Ausschuß oblag einmal die Förderung der Arbeit in studentischen Kreisen im Sinne des christlich-demokratischen Gedankengutes, zum anderen die Koordination dieses Wirkens auf gesamtdeutscher Basis. Mit dem Vorsitz wurde Dr. Hermann Mau, der inzwischen verstorbene damalige Hochschulreferent der CDU an der Universität Leipzig, betraut. Das Ziel, einen christlich-demokratischen Studentenverband zu gründen, wurde nicht erreicht. Auch ist es nicht mehr zu einer zweiten Tagung gekommen, da die politischen Ereignisse in der Zone Dr. Mau zwangen, Ende 1947 Leipzig zu verlassen. Darüber hinaus hatte bereits während der Marburger Konferenz die Haltung der nichtparteigebundenen Hochschulringe zu Meinungsverschiedenheiten, insbesondere mit den Vertretern der bayerischen Gruppen geführt, die ihrerseits sehr energisch die Bildung parteipolitisch gebundener Hochschulgruppen forderten.

Ab Mai 1948 entwickelte sich eine ausführliche Korrespondenz zwischen dem CDH (Christlich-Demokratischer Hochschulring) an der Philips-Universität zu Marburg/Lahn und dem CDH an der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität zu Bonn mit dem Ziel, in kleinerem Rahmen einen Ersatz für den nicht zustandegekommenen gesamtdeutschen Zusammenschluß der Hochschulgruppen zuwege zu bringen. Zu erwähnen ist, daß der Vorsitzende der Bonner CDH-Gruppe beim Goslarer Parteitag der CDU im Herbst 1950 auch mit dem CDU-Vorstand über die Gründung und Anerkennung des RCDS verhandelte.

Gründung des Bundesverbandes

Die Junge Union hatte sich am 20. Januar 1947 in Königstein/Ts. auf Bundesebene zusammengeschlossen, wobei nach Feststellungen der Jungen Union die Studenten nicht in ihren Reihen mitarbeiten wollten. Erstmals tauchte dabei in der Diskussion der Name „RCDS — Ring

Christlich-Demokratischer Studenten“ auf. Es wurde also ein eigener Verband angestrebt; was zu der bereits erwähnten Marburger Tagung vom März 1947 führte. Die Flaute nach diesem Marburger Treffen veranlaßte in der Sitzung von Bundesvorstand und Deutschlandrat der Jungen Union am 27./28. Januar 1951 den Beschluß, die Arbeit an den Hochschulen wieder zu aktivieren.

Am 23. Februar 1951 tagte daraufhin in Bonn eine „Konferenz christlich-demokratischer Studenten“, die den „Bund christlich-demokratischer Studenten Deutschlands“ gründete, in dem sich Gruppen an den einzelnen Universitäten (entweder als Christlich-Demokratische Hochschulgruppe oder als studentische Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Jungen Union oder auch als Arbeitsgemeinschaft für christlich-demokratische Politik) zusammenschlossen. Fritz Flick aus Bonn sollte sich im Auftrag des Bundesvorstandes der Jungen Union der Belange des „Bundes Christlich-Demokratischer Studenten Deutschlands“ auf Bundesebene annehmen und vor allem an jeder Universität eine christlich-demokratische Studentengruppe an Stelle der eingesetzten Vertrauensleute bilden. Die forcierte Gründung des RCDS erklärt sich auch daraus, daß nunmehr Mittel des Bundesjugendplans für politische Studentengruppen zur Verfügung gestellt werden konnten. Daher beteiligte sich eine Delegation des RCDS an der Gründung des „Ringes freier und politischer Studentengruppen und Gemeinschaften“ am 24. Februar 1951 in Bonn.

Bonn 1951

Vom 25.—27. August 1951 tagte im Bundeshaus in Bonn die erste ordentliche Delegiertenversammlung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten, die als „erste Bundesarbeitstagung“ in den Protokollen vermerkt ist. Ihre Aufgabe bestand darin, dem Verband eine Ordnung zu geben, wobei nach den Februar-Beschlüssen die örtlichen Verschiedenheiten weitgehend berücksichtigt werden sollten.

Während nach der Konstituierung des Verbandes im Februar der „Bund christlich-demokratischer Studenten Deutschlands“ Anfang Mai 1951 im gesamten Bundesgebiet und in Westberlin sechs Gruppen zählte, betrug die Zahl am 10. August 1951 nach Kontaktaufnahme mit weiteren noch bestehenden Gruppen und Neugründungen 20 mit rund 300 Mitgliedern: Berlin FU, TU, DHfP; Bonn; Braunschweig; Clausthal-Zellerfeld; Erlangen; Frankfurt; Freiburg; Göttingen; Hamburg; Heidelberg; Karlsruhe; Köln; Mainz; Marburg; München; Münster; Stuttgart und Würzburg.

Die erste ordentliche Delegiertenversammlung wählte anstelle des von der konstituierenden Konferenz vorgeschlagenen Namens „Bund christlich-demokratischer Studenten Deutschlands“ die Bezeichnung „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“. Der „Ring“ deutet auf den zunächst lockeren Zusammenschluß von Einzelgruppen hin. Der Name ist allerdings insofern irreführend, als es eine unmittelbare Mitgliedschaft

zum Bundesverband nicht gibt. Der immatrikulierte Student ist Mitglied seiner Hochschulgruppe, die Gruppe ist Mitglied des Verbandes. Erst seit 1957 haben die einzelnen Hochschulgruppen auf ihre ursprünglichen Bezeichnungen verzichtet und die Buchstaben „RCDS“ auch an der einzelnen Hochschule bekanntgemacht. Erst seit dieser Zeit etwa gibt es auch allgemein-verbindliche Äußerungen des Verbandes.

Die erste ordentliche Delegiertenversammlung wählte nach Annahme der Satzung Fritz Flick, Bonn, zum ersten Bundesvorsitzenden des RCDS. Ernst Benda, Berlin, wurde stellvertretender Bundesvorsitzender. Um die Kontinuität des jungen Verbandes zu wahren, berief die DV ein „Bundeskuratorium des RCDS“ mit dem Bundestagsabgeordneten Ernst Majonica als 1. Vorsitzenden. Weiterhin wurden in den Vorstand des Bundeskuratoriums, dem maßgebliche Persönlichkeiten der Hochschulen und des öffentlichen Lebens angehören sollten, Dr. Kurt-Georg Kiesinger, Prof. Dr. von der Heydte und Oberbürgermeister Ernst Bach berufen.

Sonthofen 1952

Zur 2. ordentlichen Delegiertenversammlung des RCDS trafen sich vom 28. September bis 1. Oktober 1952 in Sonthofen die Vertreter von 19 Hochschulgruppen (850 Mitglieder), um die weitere Arbeit des jungen Verbandes zu bestimmen. Wenn sich diese Delegiertenversammlung auch allzu lange mit personalpolitischen Dingen auseinanderzusetzen hatte, so gelang es doch, die innere Ordnung auszubauen.

Höhepunkte der Amtszeit des ersten Bundesvorstandes waren die beiden internationalen „Mettmann-Treffen“ mit christlich-demokratischen Studenten aus Belgien, Frankreich und Italien im Januar und Juli 1952 sowie die „Schwalbach-Tagung“ im Januar 1952, auf der die Teilnehmer mit den Grundbegriffen der Politik und des studentischen Gemeinschaftslebens vertraut gemacht wurden.

Die Ausschlußberichte der zweiten Delegiertenversammlung (z. B. „Die Gruppe in der Universität“, „Christlich-demokratischer Student und CDU“), zeigten die reichhaltige Grundsatz-Diskussion innerhalb des RCDS. Bei den Neuwahlen wurden Wolfgang Brüggemann, Bochum, zum Bundesvorsitzenden und Eberhard Amelung, Bethel, zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden bestellt. Vorsitzender des Bundeskuratoriums des RCDS wurde Prof. Dr. von der Heydte.

Königstein/Ts. 1953

Auch die vom 29. Oktober bis 2. November 1953 in Königstein/Ts. tagende 3. o. DV des RCDS stand noch im Zeichen der Aufbauarbeit, besonders gekennzeichnet durch das Wirken des nach Sonthofen eingerichteten Referates für Grundsatzfragen.

Eine Änderung in der Struktur der Hochschulgruppen des Verbandes war inzwischen festzustellen, die zum größten Teil aus allmählicher Abwanderung der Kriegsteilnehmer und dem Nachdrücken jüngerer Mitglieder zu erklären ist. Während im ersten Abschnitt des Bestehens im RCDS die Unabhängigkeit von der Partei betont und einer bewußten Beschränkung auf den theoretischen, vor der praktischen Parteiarbeit liegenden Bereich gesehen wurde, setzte sich jetzt eine Änderung der Auffassungen zugunsten der praktischen Aktion durch. Diese Entwicklung ist eindeutig aus der guten Resonanz abzulesen, die der Aufruf an den RCDS gehabt hat, mit seinen Mitgliedern im Bundeswahlkampf 1953 zur Verfügung zu stehen.

Um deshalb die Verbindung zur Partei besser zu äußern, wurde das Bundeskuratorium des RCDS in einen „Verein zur Förderung des christlich-demokratischen Gedankengutes an den deutschen Hochschulen“ umgewandelt, ein Verein, der allerdings nie aktiv geworden ist.

Der neugewählte Bundesvorstand setzte sich aus den Herren Dr. Konrad Kraske als Vorsitzenden und den Stellvertretern Dr. Eberhard Amelung und Dietrich Funcke zusammen.

Wilhelmshaven 1954

Als ein erster Höhepunkt seit der Gründung des RCDS ist die 4. ordentliche Delegiertenversammlung vom 27. bis 30. September 1954 in Wilhelmshaven zu werten. Schon die Tatsache, daß Vertreter von 34 Gruppen an ihr teilnahmen, dokumentierte die zunehmende Konsolidierung des Verbandes. Die Anwesenheit des Bundestagspräsidenten Dr. Dr. Hermann Ehlers gab dem Treffen ein besonderes Gepräge. Neben zahlreichen Ehrengästen fanden sich erstmals auch die Vertreter der anderen politischen Studentenverbände sowie eine Anzahl von Repräsentanten ausländischer Studentenorganisationen ein.

Im Mai 1954 war die erste Nummer des längst erwarteten Bundesorgans „CIVIS — Zeitschrift für christlich-demokratische Politik“ erschienen. Bundeskanzler Dr. Adenauer schrieb in seinem Geleitwort: „Der RCDS ist längst zu einem festen Bestandteil im politischen Leben an unseren Universitäten und Hochschulen geworden. Ich begrüße es deshalb, daß der RCDS zum ersten Male mit einer eigenen Zeitschrift in die Öffentlichkeit tritt“.

Der organisatorische Teil der Delegiertenversammlung wurde im Laufe eines Tages erledigt, so daß in Wilhelmshaven der Diskussion politischer Fragen großer Raum gewährt werden konnte. Dr. Konrad Kraske, Bonn, wurde einstimmig zum Bundesvorsitzenden des RCDS wiedergewählt. Zu seinen Stellvertretern wurden Gottfried Pöhnlein, München, und Dr. Eberhard Amelung, Marburg, bestimmt.

Würzburg 1955

Ein Jahr reicher Arbeit und weiten politischen Wirkens fand mit der als „Arbeitstagung am Main“ bezeichneten 5. ordentlichen Delegiertenversammlung des RCDS vom 1.—4. August 1955 in Würzburg seinen Abschluß. Der Prozeß des Aufbaus und der inneren Konsolidierung war im wesentlichen abgeschlossen. Die weitere innere Entwicklung des RCDS und die aktuellen Ereignisse zwangen den RCDS zu stärkerer hochschulpolitischer Aktivität.

Die Delegierten des inzwischen auf 37 Hochschulgruppen angewachsenen Verbandes besprachen noch Maßnahmen zur Besserung der sozialen Lage der Studenten und beschlossen, einen kleinen Ausschuß mit der Weiterarbeit zu betrauen. Bei den Neuwahlen wurde Dr. Kraske als Bundesvorsitzender bestätigt, Hans Joachim Moldenauer, Hamburg, und Willfried Gaddum, Bonn, wurden seine Stellvertreter.

Essen 1956

Der RCDS hatte es inzwischen verstanden, eine ausgezeichnete politische Arbeit an den Hochschulen und in der Öffentlichkeit zu entfalten. Als Beweise dafür gelten die „ersten christlich-demokratischen Studententage“ vom 3. bis 6. November 1955 in Berlin (die „zweiten christlich-demokratischen Studententage“ fanden im November 1956 statt), oder die mit dem CDU-Bundesparteitag in Stuttgart Ende April 1956 parallel laufende Bundesausschußsitzung des RCDS.

Vor diesem Hintergrund traten die Delegierten unter dem Geleitwort „Freiheit als politische Aufgabe“ in die Diskussion der 6. ordentlichen Delegiertenversammlung des RCDS vom 23. bis 26. Oktober 1956 in Essen ein. Die Wahl des Tagungsortes, fern einer Universität, sollte als Beispiel einer Absage an akademische Exklusivität gelten. Der während der Tagung auf dem Höhepunkt befindliche Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen war Anlaß genug, über die verbandsinternen Probleme hinaus den politischen Alltag zu sehen. Der Bundeskanzler schrieb zu dieser Delegiertenversammlung, „der RCDS soll die Idee der Union an den Hochschulen vertreten, ihre Freunde gewinnen und sie durch kritische Bemühung um die Grundlagen der CDU und durch eindringliche Beschäftigung mit ihrer tagespolitischen Ausprägung fördern“.

In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste — unter ihnen Dr. Franz Meyers — sprachen die Delegierten dem Freiheitskampf des ungarischen und polnischen Volkes, insbesondere an die Studenten gerichtet, ihre tiefe Anteilnahme aus. Die Delegiertenversammlung forderte auch eine besonders intensive Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung in den Schulen. Zum neuen Bundesvorsitzenden des RCDS wurde Willfried M. Gaddum, Bonn, zu stellvertretenden Vorsitzenden Martin Stiewe, Göttingen, und Hermann von Loewenich, Erlangen, gewählt.

Göttingen 1957

Delegiertenversammlungen können stets nur Ausschnitte des Verbandslebens geben. Das Geschehen im Laufe eines Jahres weist jedoch immer Schwerpunkte auf. Bevor sich die Vertreter der RCDS-Hochschulgruppen vom 28. bis 30. Oktober 1957 in Göttingen zur 7. ordentlichen Delegiertenversammlung zusammenfanden, war vor allem im Zusammenhang mit den Bundestagswahlen wiederum intensive Arbeit seitens der einzelnen Gruppen des RCDS geleistet worden. Zur Koordinierung der Aktionen dienten die jetzt eingerichteten „Vorsitzendenseminare“, aber auch die wehrpolitischen Tagungen und die Berlin-Seminare des Bundesvorstandes über gesamtdeutsche Fragen.

Der Göttinger Delegiertenversammlung 1957 war jedoch eine spezielle Aufgabe gestellt: Es ging um die Fragen der Hochschulpolitik, zu denen eine Stellungnahme vom RCDS erwartet wurde. Diese Stellungnahme erfolgte in Form der „Leitsätze zur Hochschulreform und Studienförderung“, die in der Öffentlichkeit starke Beachtung fand.

Der hochschulpolitische Charakter der Göttinger Delegiertenversammlung fand auch seinen Ausdruck durch das Referat des Rektors der Göttinger Georg-August-Universität, Prof. Dr. Werner Weber, der sich vor allem mit der Problematik des „Zweiten Bildungsweges“ auseinandersetzte.

Göttingen bestimmte den Akzent der Delegiertenversammlung noch auf andere Weise, nämlich wegen der Nähe der Zonengrenze. Die Entschließungen zu gesamtdeutschen und zu Ost-West-Fragen unterstrichen dies. Aus der üblichen Abwicklung der Regularien — eine langwierige Satzungsdebatte wie im Vorjahr in Essen gab es nicht —, ist die Wiederwahl von Willfried M. Gaddum zum Bundesvorsitzenden hervorzuheben. Eckhard Pfannkuche, Göttingen, und Robert Fischer, München, wurden Gaddums Stellvertreter.

Berlin 1958

Als ein Bekenntnis des Willens, die Last des geteilten Deutschlands mitzutragen, wertet der RCDS seine 8. ordentliche Delegiertenversammlung im Schöneberger Rathaus zu Berlin vom 30. Juli bis 2. August, die unter dem Leitwort „Hochschule in der Unfreiheit“ stand. Die Diskussion des sowjetzonalen Hochschulwesens wurde besonders durch das Hauptreferat der Eröffnungsveranstaltung von Prof. Dr. Möbius vertieft.

Auf dem Sektor Hochschulpolitik begrüßte der RCDS die verantwortungsbewußte Teilnahme von Studenten am politischen Leben und bejahte alle Formen sachlicher Erörterung politischer Fragen im Rahmen der Hochschule. Er stellte jedoch im Hinblick auf die Auseinandersetzung um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr fest, daß die Organe der studentischen Selbstverwaltung durch Stellungnahmen zu allgemeinpolitischen Fragen ihre Zuständigkeit überschreiten.

Die Berliner Delegiertenversammlung zählte wiederum zahlreiche Gäste zu ihren Teilnehmern. Von den befreundeten ausländischen Studentenverbänden waren Vertreter aus England, Belgien, Frankreich, Holland, Luxemburg, Italien und Schweden gekommen.

Die Delegierten wählten zum neuen Bundesvorsitzenden Walter Konrad aus Würzburg. Stellvertretende Vorsitzende wurden Dieter Ibielski, Heidelberg/Mannheim, und Dietrich Nemitz, Berlin.

München 1959

Zur 9. ordentlichen Delegiertenversammlung waren die Delegierten der inzwischen 42 Hochschulgruppen vom 5. bis 7. August nach München gerufen worden, um unter dem Rahmenthema „RCDS-Hochschule-Union“ über kultur-, insbesondere hochschul- und bildungspolitische Fragen zu beraten. Die vielseitigen Ereignisse des vorangegangenen Jahres und die Stellung des RCDS als größter politischer Studentenverband hatten eine umfangreiche Tagesordnung zusammengebracht.

Die Anwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hanns Seidl und das im Mittelpunkt stehende kulturpolitische Referat des Bundestagsabgeordneten Dr. Berthold Martin gaben der Delegiertenversammlung wesentliche Akzente. Die von den Delegierten gefaßten Beschlüsse äußerten sich einerseits klar zur Kultur- und Wissenschaftspolitik und griffen weiterhin in die Debatte um eine Verbesserung der Parteilarbeit der CDU ein. Der RCDS setzte sich ferner für eine Fortführung der Studienförderung nach dem Honnefer Modell ein, und zwar unter Beseitigung der aufgetretenen Härten und Unzulänglichkeiten.

Neuer Bundesvorsitzender war jetzt Dieter Ibielski. Der Bundesreferent für gesamtdeutsche Fragen, Dietrich Nemitz, wurde in seinem Amt als stellvertretender Bundesvorsitzender bestätigt, während Bernd Jacobi, Hamburg, als „neuer Mann“ in den Bundesvorstand gelangte.

Kiel 1960

Vom 3. bis 6. August tagte die mit Spannung erwartete 10. ordentliche Delegiertenversammlung des Ringes Christlich-Demokratischer Studenten in Kiel. Sie stand unter dem Thema „Hochschule in der Massengesellschaft“. Nach der Eröffnungsansprache durch den schleswig-holsteinischen Landtagspräsidenten von Heydebreck setzte sich der Bundestagsabgeordnete Dr. Berthold Martin in seinem Referat zu diesem Rahmenthema für den Grundsatz der Einheit von Forschung und Lehre als unabdingbares geistiges Fundament der Hochschule ein.

Dr. Stoltenberg, MdB, bejahte in einem weiteren Vortrag die hochschulgerechte Förderung des Honnefer Modells nach den Grundsätzen der Bedürftigkeit und Würdigkeit. Diese Förderung sei allerdings den ständig neuen Entwicklungen und Notwendigkeiten anzupassen.

In zentralen Resolutionen bat der RCDS die Universitäten und Hochschulen, der politischen Bildung erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Außerdem forderte der RCDS eine Reform der Studien- und Prüfungsordnung durch eine gemeinsame Kommission der westdeutschen Rektorenkonferenz, da die Freizügigkeit der Studenten durch die Beschaffenheit der Studien- und Prüfungsordnungen gehemmt wurde.

Die Delegiertenversammlung befaßte sich außerdem mit der Entwicklung der Hochschulen in einem vereinten Europa. So forderte die DV die Bundesregierung auf, die Gründung eines europäischen Zentrums für die Vertiefung geistes- und naturwissenschaftlicher Studien mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen.

Die 10. ordentliche Delegiertenversammlung des RCDS wählte in Anwesenheit zahlreicher Gäste — auch aus dem benachbarten Ausland — Dipl.-Kfm. Dieter Ibielski, Bonn, erneut zum Bundesvorsitzenden. Zu Stellvertretern wurden Frank Müller-Römer, Stuttgart, und Martin Ratmann, Göttingen, bestellt.

Goslar 1961

Zur 11. ordentlichen Delegiertenversammlung vom 31. 7. bis 3. 8. 61 wurden die Vertreter aus 51 RCDS-Hochschulgruppen nach Goslar/Harz eingeladen. Nachdem der RCDS ein Jahr zuvor in Kiel die Stellung der Universität in der modernen Gesellschaft beraten hatte, wollte sich die Delegiertenversammlung unter dem Thema „Hochschule und Entwicklungsländer“ mit den Problemen auseinandersetzen, die im Rahmen der Entwicklungshilfe auf die Hochschule zukommen.

Bundesminister Prof. Dr. Balke sagte in seinem Festvortrag zum Rahmenthema, daß die Entwicklungshilfe auf eine wissenschaftliche Grundlage gestellt werden müsse. Ohne diese Grundlage müsse der Wettlauf zwischen der ökonomischen Starthilfe und dem Bevölkerungszuwachs in den jungen Staaten verloren gehen. Die Entwicklungspolitik sei ein Globalproblem, dessen einzelne Komponente — vor allem die Industrialisierung — eine Gesamtüberlegung der ganzen zivilisierten Welt erfordere. Die Delegiertenversammlung forderte die Studentenschaft und die Öffentlichkeit auf, ein verständnisvolleres Verhalten gegenüber den Studenten aus den Entwicklungsländern einzunehmen. Die RCDS-Gruppen sollen den Kontakt zu den ausländischen Studierenden ausbauen, indem sie die Zusammenarbeit mit den nationalen Vereinigungen aufnehmen.

Die Nähe der Zonengrenze brachte es mit sich, daß der RCDS eine Stellungnahme zum Deutschlandproblem verabschiedete. Darin fordert der RCDS die Erhaltung des jetzigen Status von Berlin, eine Änderung der bestehenden Rechtsverhältnisse zwischen den vier alliierten Siegermächten nur zum Ziele einer Wiedervereinigung Deutschlands, Verhandlung zur Durchführung freier und geheimer Wahlen und eine intensive Auf-

klärung der Menschen der gesamten Welt über die deutsche Spaltung. Der bisherige stellv. Bundesvorsitzende Martin Ratmann, Göttingen, wurde zum Bundesvorsitzenden gewählt, seine Stellvertreter wurden Hans-Jürgen Vogt, Karlsruhe, und Wolfgang Kaps, Mainz.

Berlin 1962

Die erste Delegiertenversammlung nach der Errichtung der Berliner Mauer sollte im Zeichen dieses Bauwerkes stehen. Sie tagte vom 19. bis 24. November 1962 in der Kongreßhalle, also in unmittelbarer Nähe der Sektorengrenze.

„Hochschule und Widerstand“ sollte allen Beteiligten die Möglichkeit geben, sich mit der Konfliktsituation, die sich für die Studenten und Professoren in einem autoritären Staat ergibt, vertraut zu machen.

Die Delegierten waren sich darin einig, daß der RCDS der größte politische Hochschulverband auch zukünftig bleiben müsse. Deshalb wurden umfangreiche Empfehlungen für den zukünftigen Bundesvorstand ausgearbeitet, die den RCDS organisatorisch in die Lage versetzen sollten, mehr Hochschulgruppen und Mitglieder zu betreuen. Staatsminister a. D. Josef Hermann Dufhues unterstützte die Bemühungen der Delegierten mit dem Satz: „Haben Sie Mut zum Experiment!“

Zum Bundesvorsitzenden wählte die 12. ordentliche Delegiertenversammlung den bisherigen Stellvertreter Hans-Jürgen Vogt, Karlsruhe. Neu in den Bundesvorstand wurden die beiden Stellvertreter bestellt: Reinhold Stanitzek, Marburg, und Dieter Bolten, Köln.

Kehl 1963

Zur 13. o. Delegiertenversammlung trafen sich insgesamt 42 Delegierte des RCDS aus dem ganzen Bundesgebiet und zahlreiche prominente Vertreter der CDU/CSU, dem öffentlichen Leben und befreundeten Studentenorganisationen. In der Zeit vom 30. 7. bis 4. 8. 1963 sollten in der Stadthalle in Kehl unter dem Thema „Student in Europa“ besonders hochschulpolitische und außenpolitische Probleme diskutiert werden.

Doch die aktuellen Ereignisse um die Spiegel-Affäre und den CSU-Vorsitzenden Franz-J. Strauß drängten sich erst einmal in den Vordergrund. Harte Auseinandersetzungen über das Verhältnis des Gesamt-RCDS zum bayerischen RCDS-Landesverband führten zu einem Auszug der bayerischen Delegierten und beinahe zu einem Bruch des Verbandes. Schließlich fand man sich wegen der schwerwiegenden Fragen, die nur gemeinsam gelöst werden konnten, wieder zusammen.

Als herausragende Veranstaltung während der Delegiertenversammlung ist die Ansprache des Freiherrn zu Guttenberg über „Europa — Partner in Freiheit?“ und die Großkundgebung mit Minister Dr. Bruno Heck mit dem Thema „Hat Europa eine Zukunft“ zu nennen. Beide Referenten sprachen nicht nur vor den RCDS-Delegierten, sondern auch vor zahlreichen Bürgern der Gaststadt.

Nachdem die leidigen und langwierigen Debatten über einer neue Satzung und Schiedsordnung auf die Zukunft verschoben waren, konzentrierten sich die Gruppenvertreter auf die Probleme der zukünftigen Europapolitik. So wird in einem Beschluß die CDU aufgefordert, die drohende Stagnation bei der Lösung der anstehenden Fragen durch eine stärkere Kooperation mit den anderen europäischen christlich-demokratischen und konservativen Parteien zu verhindern. In diesem Zusammenhang bat der RCDS die Regierung, nach dem Scheitern der Brüsseler Verhandlungen erneut ihre Bemühungen dahingehend fortzusetzen, Großbritannien den Eintritt in die EWG zu ermöglichen.

Zum ersten Mal in der Geschichte nahm der RCDS eine etwas flexiblere Haltung gegenüber den Ostblockländern ein.

In einem Beschluß der DV heißt es:

„Nach der geschichtlich bedeutsamen Verständigung, die zwischen Deutschland und Frankreich und anderen west-europäischen Ländern Wirklichkeit geworden ist, vertritt der RCDS die Auffassung, daß die Verständigung auch mit den osteuropäischen Völkern stärker als bisher angestrebt werden muß.“

Offizielle Kontakte zu den Studenten- und Jugendorganisationen dieser Länder lehnte der RCDS jedoch noch ab.

Durch die starke Vertretung von RCDS-Gruppen an Pädagogischen Hochschulen, die ungefähr ein Drittel der Delegierten stellen, waren deren Probleme bei der bildungspolitischen Diskussion im Vordergrund. Es ging dabei hauptsächlich um die Frage der „Wissenschaftlichkeit“ von PH's und vergleichbaren Fachschulen und Fachhochschulen, die hart und sehr breit sowohl in dem entsprechenden Arbeitskreis, als auch im Plenum diskutiert wurde. Da aber die Meinungen der Delegierten sehr weit auseinander gingen, wurde das Problem einem Bundesausschuß zur weiteren Beratung übergeben.

Nach einer turbulenten Wahlnacht setzte sich der Bundesvorstand aus Kurt Struppek/Berlin als Vorsitzenden und seinen beiden Stellvertretern Gernot Kistorz aus Göttingen und Hermann-Josef Rüttgers aus Bonn zusammen.

Königstein/Taunus 1964

Nach einer recht kurzen Amtsperiode trafen sich die Vertreter des RCDS zur 14. o. Bundesdelegiertenversammlung wieder vom 1. bis 5. März 1964 in Königstein/Taunus. Nachdem im „Haus der Begegnung“ im Vorjahr durch die internen Auseinandersetzungen die anstehenden Fragen nicht voll ausdiskutiert werden konnten, legte die DV unter dem Thema „Neue Wege der Außenpolitik“ den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf RCDS-Aktivitäten im internationalen Bereich und auf Stellungnahmen zum außenpolitischen Selbstverständnis der BRD. Um die gestellten Aufgaben zu lösen, wurden die folgenden fünf Arbeitskreise „Außenpolitik“, „Hochschulreform und Studentenschaftsrecht“, „Probleme der Ostkontakte“, „Poli-

tische Theorien in der II. Phase der CDU/CSU“ und „Reserveoffizier und Hochschule“ gebildet.

Auf der Eröffnungsveranstaltung der BDV sprach Dr. Berthold Martin über das Thema der DV. Auf einer zweiten Großveranstaltung hielt der Landesvorsitzende der CDU-Hessen, Dr. Wilhelm Fay, den Vortrag „Die Vereinigten Staaten von Amerika als Bündnispartner“. Beide Referate steckten den Bereich ab, in dem die Delegierten arbeiteten.

Als Diskussionsgrundlage für die Arbeitskreise legte der Bundesvorstand in einem Arbeitspapier zur RCDS-Auslandsarbeit eine Zusammenfassung der bisherigen Aktionen vor. Besondere Schwerpunkte waren darin multi- und bilaterale Kontakte und die Zusammenarbeit mit der Jungen Union auf diesem Gebiet. Als großer Erfolg wurde der auf einer Sitzung in Berlin gefaßte Beschluß des ICCS (International Union of Christian-democratic and conservative students) aufgeführt, der den Druck eines „political book“ beinhaltete. Zum ersten Mal gelang es dem ICCS, ein gemeinsames Programm von europäischen christlich-demokratischen und konservativen Studentenverbänden zu schaffen.

Die bilateralen Kontakte erstreckten sich hauptsächlich auf mit Ausländern gemeinsam durchgeführte Berlin-Seminare, die immer besser besucht wurden. Wegen der kurzen Amtsperiode des Vorstandes konnten weitere Aktivitäten nur im Ansatz realisiert werden.

Bei den Beschlüssen der Delegierten zeigte es sich, daß Außenpolitik im Grunde noch immer nur verstanden wurde als Europapolitik, die durch das problematische Verhältnis zu den Ostblockländern gekennzeichnet war.

So hieß es in einem Beschluß zur Europapolitik:

„Die beabsichtigte Zusammenlegung der Exekutiven der Europäischen Gemeinschaften wird vom RCDS als wertvoller Beitrag zur weiteren Konsolidierung und Verselbständigung dieser Institutionen erachtet. Er ist der Meinung, daß sich in diesem Zusammenhang das Problem der entsprechenden demokratischen Legitimierung dieser Exekutive durch ein direkt gewähltes europäisches Parlament mit immer größerer Dringlichkeit stellt.“

Daneben befürwortete der RCDS menschliche und kulturelle Kontakte zu den Staaten und Völkern Osteuropas und der SBZ. Das Ziel der Wiedervereinigung sollte dadurch aber nicht gefährdet werden. In diesem Zusammenhang legte der RCDS einen Schwerpunkt auf die Begegnung von studentischen Gruppen.

Neben diesem Fragenkomplex verabschiedete die DV auch einen ausführlichen Antrag über „Grundsätze der Ausbildungsförderung“, damit auch in diesem studentischen Teilbereich die Sozialstaatsklausel realisiert werde. Betont wurden darin die Unterstützung des Systems der direkten Förderung (Steuerabzüge), die grundsätzliche Weiterzahlung des Stipendiums auch in Ferienmonaten, und die Förderung aller in der

Ausbildung stehenden Jugendlichen nach Abschluß der Volksschule (Gymnasiasten, Lehrlingen usw.).

Nach anstrengenden vier Tagen wählten die Delegierten Kurt Struppek, Berlin, erneut zum Bundesvorsitzenden. Bei der Wahl der Stellvertreter erhielten jeweils Hanns Ortsmanns und Günter Schwarzmann die Mehrheit der Delegiertenstimmen. Günter Schwarzmann trat im Juli zurück und der Bundesausschuß wählte für ihn Gert Hammer nach. Bevor die Delegierten an ihre Universitäten zurückgingen, wurde noch vereinbart, die DV jetzt regelmäßig jedes Jahr im März durchzuführen.

Bremen 1965

Vom 3. bis 7. März 1965 fand im Übersee-Hotel in Bremen die 15. o. Bundesdelegiertenversammlung statt. Als Gast wurde besonders herzlich der ehemalige RCDS-Bundesvorsitzende Dieter Ibielski begrüßt, der im August 1964 zum Generalsekretär des ICCS gewählt worden war.

Um die sachpolitische Diskussion nicht mit personellen Fragen zu belasten, wurden in diesem Jahr direkt nach der Abgabe und Diskussion des umfangreichen Rechenschaftsberichtes die Neuwahlen angesetzt. Bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden erhielt Gert Hammer aus Bonn die notwendige Mehrheit. Herr Weltin und Horst Teltschik aus Berlin wurden zu seinen Stellvertretern gewählt.

Die Themen der Arbeitskreise: Hochschulreform, Schulreform und Lehrerbildung, Studentenschaftsrecht und Ausbildungsbeihilfegesetz zeigen ganz deutlich, daß sich die bildungspolitischen Probleme wieder stärker als in den Vorjahren in den Vordergrund der RCDS-Arbeiten schoben. Nicht zuletzt auch deshalb, weil in der öffentlichen Diskussion immer öfter das Schlagwort vom Bildungsnotstand in die Debatte gebracht wurde. Der RCDS machte deutlich, daß eine wirksame Ausnutzung des gesamten Bildungssystems durch die Bürger nur durch eine intensive und systematische Bildungswerbung und Berufsberatung garantiert werden kann:

- „1. Die Bundesregierung soll eine Gruppe von Wissenschaftlern damit beauftragen, die langfristigen Aussichten für die bestehenden und neu entstehenden Berufe zu untersuchen und laufend zu beobachten. Anhand dieser Erkenntnisse ist eine bessere Berufsberatung durchzuführen.
2. Den Schulen und Betrieben fällt die Aufgabe zu, diejenigen Jugendlichen, die für eine qualifizierte Ausbildung geeignet sind, ausfindig zu machen und ihre Weiterbildung anzuregen.
3. Durch Mithilfe von Presse, Funk, Film und Fernsehen sollen Bund und Länder auf die bestehenden Bildungs- und Förderungsmöglichkeiten hinweisen und für ihre Wahrnehmung sorgen.“

In weiteren Beschlüssen zum Studentenschaftsrecht wurde kritisiert, daß die studentischen Interessen in den gegenwärtigen Organen nur unge-

nügend vertreten werden können. Um diesen Mißstand aufzuheben, wurde eine gesetzliche Regelung durch die Länder gefordert, die die studentische Beteiligung im Mitverwaltungsbereich, im Selbstverwaltungsbereich und bei der Verwaltung der staatlichen Studentenförderung ausreichend regelt. In diesem Zusammenhang wurde entschieden die Rechtsfähigkeit für den öffentlich-rechtlichen Zusammenschluß aller Studenten einer Hochschule gefordert.

Außerdem wurde von der Bundesregierung verlangt, die bereits im April 1959 angekündigten Aktivitäten über die Gewährung von Berufsausbildungs- und Erziehungsbeihilfen für Kinder und Jugendliche endlich zu realisieren und ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden. Die Delegierten verabschiedeten dazu einen ausführlichen Antrag über die „Notwendigkeit und Grundsätze der Ausbildungsförderung.“ Dadurch wurden die im Vorjahre in Königstein gefaßten Beschlüsse vervollständigt und ergänzt. Aus dem Bereich der studentischen Sozialpolitik muß noch die Erarbeitung von Leitlinien für den Bau und die innere Ordnung von Studenten-Wohnheimen erwähnt werden, in denen jede Erziehungsfunktion der Hochschule im Studentenheim abgelehnt wurde: Hochschulreform solle in der Hochschule und nicht im Wohnheim stattfinden.

Als Gäste sprachen auf zwei Veranstaltungen Dr. Dichgans und Bundeskanzler Prof. Ludwig Erhard, der versprach, die Forderungen der Delegiertenversammlung so weit wie möglich in die aktuelle Politik einfließen zu lassen.

Beachtlich war auf der 15. BDV die sachliche Atmosphäre, die einen großen Anteil an den zahlreichen fundierten Beschlüssen hatte. Zuversichtlich verabschiedete sich der neue Bundesvorsitzende Gert Hammer und versprach, im Rahmen der gefaßten Beschlüsse den RCDS einflußreich zu vertreten.

Mainz 1966

Die 16. ordentliche Bundesdelegiertenversammlung, die vom 8. bis 12. März 1966 in der Gutenberg-Universität in Mainz stattfand, wurde von zwei besonderen Ereignissen beeinflusst: Zum einen durch die im Vorjahr stattgefundene Bundestagswahl und zum anderen durch die 15-jährige Tätigkeit des RCDS.

Besonders dieser stolze Erfolg machte den Verband selbstsicher und selbstbewußt. So wurde in diesem Jahr die Politik der CDU/CSU-Regierung nicht bloß gutgeheißen, sondern es wurde in einer Aufstellung von „30 Thesen zu künftigen Aufgaben und zur Gestalt der CDU“ konkret der Anspruch geltend gemacht, die Partei auf Fehlentwicklungen hinzuweisen und ihr Vorschläge für ihre zukünftige Arbeit zu machen. Das Papier war das Ergebnis eines entsprechenden Arbeitskreises, der sich auf Bundesebene mehrmals getroffen hatte.

Es wurde darin einleitend gefordert, die Partei solle ein Grundsatzprogramm als Basis für die jeweiligen Aktionsprogramme erarbeiten, die

eine Aufstellung einer klaren Präferenzskala der politischen Aktivitäten voraussetzen. Dabei wurde berücksichtigt, daß die erste Phase mit einer Betonung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus im wesentlichen abgeschlossen ist und die CDU nun den Schwerpunkt auf eine umfassende und ganzheitliche, gesellschaftspolitische Konzeption legen muß. Hierbei wurden besonders die Gebiete Bildungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik aufgeführt.

Zur organisatorischen Struktur der Partei wurde die Wahl eines Generalsekretärs gefordert und festgestellt, daß der Parteivorsitzende der CDU auch jeweils der Bundeskanzler bzw. Kanzlerkandidat der Partei sein muß.

Daneben verabschiedete die Delegiertenversammlung noch weitere all-gemeinpolitische Beschlüsse zu aktuellen politischen Ereignissen. Beachtenswert ist allerdings das Aufgeben einer starren, unbeweglichen Haltung in der deutschen Frage und die Forderung nach der Errichtung eines europäischen Jugendwerkes nach dem Vorbild des deutsch-französischen Jugendwerkes.

Die Delegiertenversammlung in Mainz verstand es zum ersten Mal, sich mit beiden Seiten der RCDS-Arbeit, der allgemeinpolitischen und die hochschulpolitischen zusammen zu befassen und zu beiden Bereichen vorwärtsweisende Vorschläge zu unterbreiten. Dies wurde auch dadurch erleichtert, daß die Delegiertenversammlung nicht mehr unter bestimmten Themen durchgeführt wurde und somit der Diskussionsrahmen breiter gesteckt war. Die Delegierten forderten nicht nur von der CDU eine Betonung der Sozialstaatlichkeit, sondern sie verabschiedeten auch selbst einen Antrag zur Reform des Schul- und Ausbildungswesens von Sonderschulen, einem in der Bildungsdiskussion bisher unbeachtetem Problem. Durch das Anwachsen der Zahl von RCDS-Gruppen an Pädagogischen Hochschulen widmete sich die BDV der Lehrerausbildung, die unter den drei Aspekten: 1. Wissenschaftliches Studium, 2. Referendariat, 3. Fortbildung durchgeführt werden sollte. Dem drohenden Lehrermangel sollte durch wirksame Reform der Ausbildung rechtzeitig entgegen gewirkt werden.

Als Höhepunkte der DV sind noch die Eröffnungsveranstaltungen mit Verteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel und das Referat von Horst Teltchik „15 Jahre RCDS — Ein Rückblick“ zu nennen. Kai-Uwe von Hassel betonte in seinen Ausführungen, daß der RCDS in den zurückliegenden Jahren kein einfacher Partner war, daß man ihm aber niemals eine illoyale Haltung gegenüber den Unionsparteien vorwerfen konnte.

Horst Teltchik hatte sich die Mühe gemacht, das Material aus 15 hektischen Jahren RCDS-Studentenpolitik zu sichten und zu einem Vortrag zusammenzubauen. Er schloß seine Bestandsaufnahme mit der optimistischen Bilanz:

„Der Verband ist aktuell, der Verband ist sich selbst treu geblieben, der Verband hat eine Chance, eine politisch prächtige Zukunft zu gestalten und über die Zukunft werden Sie, meine Damen und Herren, heute noch entscheiden.“

Neben den sachpolitischen Fragen muß jede Delegiertenversammlung natürlich auch die notwendigen personellen Entscheidungen treffen. Gert Hammer und Herr Weltin wurden als Bundesvorsitzender bzw. Stellvertreter bestätigt. Neu in den Vorstand kam Wulf Schönbohm (Berlin).

Heidelberg 1967

Seit der letzten Delegiertenversammlung hatte sich viel ereignet: die Bildung der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD, die Gründung der NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschland), das Anwachsen der politisch extremen Kräfte an den Universitäten, der Beginn der Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetzgebung sind nur einige Beispiele. Um auch in der Zukunft einflußreich arbeiten zu können, mußte der RCDS stärker und entschiedener in der Öffentlichkeit auftreten und sich offener als in der Vergangenheit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einsetzen.

Die Delegierten der 17. o. Bundesdelegiertenversammlung vom 16. bis 20. März 1967 in Heidelberg mußten die Grundlage dazu erarbeiten. Es ist bezeichnend für das Selbstverständnis des Verbandes, daß in diesem Jahr kein „arrivierter“ CDU-Politiker für die Eröffnungsveranstaltung eingeladen wurde, sondern der junge CDU-Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz, Dr. Helmut Kohl, der über „Die Zukunft der CDU“ sprach. Es muß auch erstaunen, daß sich der Bundesvorstand bei der Aufstellung der CDU-Kanzlerkandidaten öffentlich für Dr. Gerhard Schröder Stellung nahm, der als damaliger Außenminister den RCDS in Kehl 1963 zu einer Modifizierung seiner deutschlandpolitischen Beschlüsse „zwang“. Die Debatte über diesen Beschluß des Bundesvorstandes wurde zwar hart und sehr kontrovers von den Delegierten geführt, schließlich erhielt der Vorstand aber doch die Billigung des Plenums.

Durch den Beginn der Studentenunruhen und die Radikalisierung an den Hochschulen, mußte der RCDS durch Erfolge in seiner Arbeit das Funktionieren des parlamentarischen Systems deutlich machen. Resolutionen, Aufrufe und „Appelle“ nutzten gegen erklärte Gegner nicht viel. Aus dieser Überzeugung heraus führte der RCDS zusammen mit anderen gemäßigten Studenten die Aktion „Student aufs Land“ durch, um nicht nur verbal für Chancengleichheit im Bildungssystem einzutreten, sondern sie auch zu realisieren.

In den vier Arbeitskreisen, Deutschland-, Kultur- und Außenpolitik und Politische Theorie, erarbeiteten die Delegierten zahlreiche Beschlüsse besonders zu aktuellen Problemen. Besonders beachtenswert ist jedoch der grundsätzliche Beschluß zur Deutschlandpolitik, der mit der „Folge für den RCDS“ abschließt:

„Da jede aktive Deutschlandpolitik im internationalen Rahmen durch innerdeutsche Begegnungen ergänzt werden muß, will der RCDS den Gedankenaustausch der westdeutschen und der mitteldeutschen Jugend fördern und erleichtern helfen, indem er sich auch zu Kontakten mit der FDJ bereitfindet.“

Auch wenn der RCDS immer noch für die Wiedervereinigung als oberstes Ziel deutscher Politik eintrat, wurde jetzt aber eine aktive Auseinandersetzung zur Erreichung dieses Zieles verlangt.

Bei den kulturpolitischen Beschlüssen trat der RCDS für eine umfassende Rahmenkompetenz des Bundes im Bereich der Bildungspolitik ein, um die bestehenden Unzulänglichkeiten durch eine bessere Koordinierung zu beseitigen.

In den vergangenen Jahren hatte sich der RCDS immer wieder gegen die Anmaßung des VDS gewandt, ein allgemeines „politisches Mandat“ auszuüben. Diese Haltung wurde auch in diesem Jahr bestätigt:

„Der RCDS sieht die Gefahr eines umfassenden „politischen Mandats“ darin, daß sich die Arbeit der studentischen Gremien in Deklarationen zur Innen- und Außenpolitik erschöpft, die universitätseigenen und spezifisch studentischen Anliegen und Probleme darüber aber vernachlässigt werden.“

Bei der abschließenden Vorstandswahl zeigte sich, daß die Delegierten alle Tricks der Geschäftsordnung beherrschten und sie mit Freude davon Gebrauch machten. Schließlich war es erreicht: Wulf Schönbohm war jetzt Bundesvorsitzender, Dr. Erich Röper (Bonn) und Joachim Lemppenau (Tübingen) seine Stellvertreter. Optimistisch beendete der neue Vorsitzende die Delegiertenversammlung: „Indem ich die 17. BDV abschließen möchte, möchte ich gleichzeitig ein arbeitsreiches und hoffentlich erfolgreiches Jahr, das vor uns liegt, eröffnen.“

Königswinter 1968

Vom 28. 2. bis zum 3. 3. 1968 trafen sich die Delegierten von ca. 40 RCDS-Gruppen in Königswinter in der Nähe der Bundeshauptstadt. Das Referat auf der Eröffnungsveranstaltung hielt in diesem Jahr Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg mit dem Thema „Die Stellung des Studenten in Staat und Gesellschaft“. In der anschließenden Diskussion wiesen die Delegierten besonders auf die Notwendigkeit einer Rahmenkompetenz des Bundes im gesamten Bildungsbereich hin.

Nach dem Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden hielt Peter Radunski das Grundsatzreferat über „Inhalt und Form der zukünftigen RCDS-Arbeit“, daß die Basis für die anschließende Generaldebatte über die Situation der Studentenpolitik und des RCDS bildete. In der Diskussion wurde besonders das Verhältnis des RCDS zum SDS, das Engagement der jungen Generation in der Politik und die Aufgabe des RCDS, sowohl hochschulpolitisch als auch allgemeinpolitisch zu arbeiten, herausgestellt. Nach der Grundsatzdiskussion nahm ein Teil der Delegierten an

dem Empfang von Bundeskanzler Dr. Kiesinger im Bundeskanzleramt in Bonn teil. Auch hier wurde wieder sehr heftig und teilweise kontrovers diskutiert.

In den Beschlüssen, die auch dieses Jahr wieder in Arbeitskreisen beraten wurden, forderte der RCDS, die durch die politischen Unruhen aufgeworfenen Fragen durch eine aktive Reformpolitik zu beantworten:

„Unsere Demokratie hat ihr Selbstverständnis noch nicht gefunden. Politische Selbstgefälligkeit und falsch verstandenes Verantwortungsbewußtsein müssen abgelöst werden durch eine umfassende Mitentscheidungs- und Mitverantwortungsbereitschaft aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte.“

Nach den dringend notwendigen Beschlüssen zur Hochschulpolitik wurde auch dieses Jahr zu dem Problem der Deutschen Frage Stellung genommen. Der RCDS erklärt darin die Bereitschaft, das Ziel einer Wiedervereinigung im klassisch-nationalstaatlichen Sinne zu Gunsten des Aufgehens der zwei derzeit bestehenden deutschen Teilordnungen im Rahmen einer dauerhaften gesamteuropäischen Staatenorganisation aufzugeben. Außerdem wird von der CDU/CSU erwartet, daß sie sich ein geeintes Europa zum Hauptziel ihrer Politik macht. Dazu sei die Gründung einer europäischen, christlich-demokratischen Partei notwendig, die einmal in der Lage sein soll, die Interessen der europäischen Bevölkerung in den zu schaffenden Gremien und Parlamenten Europas zu vertreten.

Obwohl die fast jährlich übliche Diskussion über Satzungsänderungen schon erfolgt war, wurde die neue Vorstandswahl doch noch recht hektisch. Nachdem sein Gegenkandidat in Ohnmacht gefallen war, wurde Uwe-Rainer Simon aus Freiburg zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Bei der Wahl der Stellvertreter entschieden sich die Delegierten für Detlef Stronk (München) und Hartmut Schauerte (Bonn). Simon forderte in seinem Schlußwort die Delegierten auf, nicht nur auf die Aktionen des SDS zu reagieren, sondern eine eigene Reformpolitik an den Universitäten und in der Gesellschaft voranzutreiben.

Soest/Westf. 1969

Der RCDS hatte im zurückliegenden Jahr stärker als bisher versucht, an der Hochschule und in der Öffentlichkeit als echte Alternative zum SDS und den anderen sozialistischen Gruppen aufzutreten. Um dieses Ziel erreichen zu können, war die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in hohem Maße verstärkt worden, was sich an der hohen Zahl von Presseerklärungen und Radio- und Fernsehinterviews zeigt. Daneben hatte sich der Vorstand auch vorgenommen, die Organisationsstruktur auf allen Ebenen des Verbandes zu verbessern, eine umfassende innerverbandliche Kommunikation und Information zu schaffen und eine politische Gesamtkonzeption als Grundlage für eine verstärkte Aktivität des Verbandes zu erarbeiten.

Ein Schwerpunkt der politischen Arbeit war die Erstellung eines Hochschulreformkonzeptes, das in der Broschüre „Hochschule '69“ publiziert wurde. Dadurch war es möglich geworden, auf die hochschulpolitischen Vorstellungen der CDU einzuwirken, wie die Ereignisse auf dem Kulturkongreß in Godesberg deutlich gezeigt hatten.

Dies war die Situation, als sich die Delegierten der Gruppen zur 19. ord. BDV in Soest/Westf. trafen. Es lagen zahlreiche Anträge zu den verschiedenen politischen Sachbereichen vor, die die einflußreiche Stellung des Verbandes auch in Zukunft sichern sollten. Um eine größere Transparenz während der Diskussionen zu erreichen, wurden die Anträge nicht in Arbeitskreise überwiesen, sondern alle im Plenum behandelt. Besonders umstritten war die Stellungnahme zum IDS (Initiativausschuß deutscher Studentenschaften), der sich als Alternative zum sozialistischen Kampfverband VDS gegründet hatte. Um die Studenten auf die Problematik hinzuweisen, beschloß die BDV, eine bundesweite Aktion über die undemokratische Struktur und Arbeit des VDS durchzuführen. Dadurch sollte erreicht werden, eine möglichst große Zahl von Hochschulen zum Austritt aus dem VDS und zum Anschluß an den IDS zu veranlassen.

Als besorgniserregend wurde das Anwachsen des politischen Radikalismus in der BRD angesehen. Die Schuld an dieser Entwicklung wird hauptsächlich den demokratischen Parteien gegeben, die es nicht verstanden, rechtzeitig neue Konzepte zu entwickeln. Der RCDS bekennt sich dabei zu einer aktiven Auseinandersetzung mit den Feinden der Demokratie:

„Gegenüber beiden Ausprägungen des politischen Radikalismus ist es notwendig, einerseits durch eine überzeugende Reformpolitik die Ursachen der Protestbereitschaft weitgehend zu beseitigen und andererseits die radikalen Gruppierungen hart und eindeutig zu bekämpfen. Das Verbot radikaler Gruppierungen ist die schlechteste Reaktion auf die politische Herausforderung.“

Neben der VDS-Aktion wurde deshalb auch eine Anti-Radikalismus-Aktion beschlossen, die an allen Universitäten und Hochschulen durchgeführt werden sollten.

In spektakulären Beschlüssen, die von der Presse auch entsprechend honoriert wurden, forderte der RCDS die Ungültigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an und die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zur Volksrepublik China.

Als Gast hatte man auch dieses Mal einen CDU-Nachwuchspolitiker, und zwar den Staatssekretär Dr. Heinrich Köppler, der über die aktuelle politische Situation und über das Verhältnis von RCDS zur CDU sprach. Er akzeptierte die vom RCDS immer wieder geäußerte kritische Distanz zur Partei und wünschte den Delegierten viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

Zum Schluß der BDV wurde Uwe-Rainer Simon wiederum zum Bundesvorsitzenden gewählt; Detlef Stronk blieb sein Stellvertreter. Neu in den Vorstand kam Adolf-Dieter Friedrichs aus Heidelberg.

Marbach 1969

Nur ein halbes Jahr später trafen sich vom 9. bis 11. Oktober 1969 die Delegierten in Marbach (Marburg) zu einer außerordentlichen Delegiertenversammlung. Die besondere Aufgabe dieser BDV bestand in der Verabschiedung des Grundsatzprogrammes des RCDS zur Reform der Politik in der BRD.

Bevor man allerdings zur ausführlichen Diskussion über die 39 Punkte des Programmes kam, mußten erst die politischen Fragen gelöst werden, die sich durch die zurückliegende Bundestagswahl und den Wechsel der CDU in das Oppositionslager ergeben hatten. Besonders heftig wurde die Äußerung von Uwe-Rainer Simon kritisiert, der vor der Bundestagswahl in einer Pressekonferenz die junge Generation in der BRD aufgefordert hatte, für die CDU/CSU zu stimmen. Im Verlauf der Diskussion bot Simon — was in der Geschichte des RCDS neu war — seinen Rücktritt an, falls die Delegierten seine Äußerung mißbilligen würden. Nach einer harten Auseinandersetzung wurde ihm schließlich mit großer Mehrheit das Vertrauen ausgesprochen.

In einem Beschluß forderte der RCDS von dem neuen Bundestag im Bereich der Gesellschaftspolitik folgende Reformen:

1. Die Schaffung einer gerechten Eigentumsverteilung.
2. Die Verbesserung der Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer in den Betrieben.
3. Die grundlegende Neuordnung des Steuersystems in der BRD.
4. Die Verabschiedung der großen Strafrechtsreform und die Einleitung einer grundlegenden Strafvollzugsreform.“

An der BDV nahmen neben zahlreichen Gästen auch die Vorsitzenden der im ICCS zusammengeschlossenen Verbände teil, die mit großem Interesse den Diskussionen folgten. Zum Glück konnte man sich auf dieser BDV auf die sachpolitische Arbeit beschränken; personelle Fragen standen erst wieder ein halbes Jahr später auf der Tagesordnung. Der RCDS hatte sich als erster deutscher Studentenverband in Marbach ein theoretisches Grundsatzprogramm geschaffen, daß die Basis für die Politik des gesamten Verbandes war.

Würzburg 1970

Im Mittelpunkt der sehr stürmischen 20. ord. BDV vom 2. bis 8. März 1970 standen Beschlüsse zur studentischen Sozialpolitik, eine ausführliche Stellungnahme zu dem Entwurf des Hochschulrahmengesetzes und die Beurteilung des VDS.

Der RCDS hatte es im letzten Jahr erreicht, die Öffentlichkeit auf seine Politik aufmerksam zu machen und auch seine Basis in der studentischen Selbstverwaltung an den Universitäten zu verbreitern. Zum einen gab der Vorstand eine zentrale Zeitung „facts“ heraus, die in einer Auflage von 150.000 Stück verteilt wurde. Zum Abschluß der Vorstandszeit wurde

noch im Februar in Bad Godesberg eine Internationale Studentenkonferenz vom RCDS durchgeführt, zu der insgesamt 300 Studenten aus 20 Nationen nach Deutschland kamen und über die Probleme der politischen Einigung Europas, der Dritten Welt und das Engagement der Jugend in der Politik diskutierten.

In den Beschlüssen zur Sozialpolitik forderten die Delegierten insbesondere:

- „1. Die verstärkte Errichtung von Kinderkrippen und Kindertagesstätten.
2. Die Reform der Struktur der Studentenwerke.
3. Die Verbesserung und Vereinheitlichung der studentischen Krankenversicherung.
4. Die Abschaffung aller Studien- und Prüfungsgebühren, sowohl für deutsche als auch für ausländische Komilitonen.“

Neben diesen Fragen, die in der Diskussion an der Universität immer stärker in den Vordergrund kommen, mußte auch die Haltung des RCDS gegenüber den beiden bestehenden studentischen Dachverbänden geklärt werden: Aus dem IDS hatte sich inzwischen die ADS (Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften) gegründet, die ca. 80.000 Studenten vertrat. Die BDV erklärt dazu, daß es notwendig sei, die studentischen Interessen nur in einem einzigen Dachverband zu vertreten, um effektiv Einfluß nehmen zu können. Dieser Verband müsse aber folgenden Kriterien genügen:

- „1. Die Wahllegitimation seiner Verbandsmitglieder und Vertreter.
2. Politischer Minderheitenschutz.
3. Ablehnung einer einseitig ausgerichteten, ideologisch-doktrinären Programmatik in Satzung und Struktur.“

Diesen Forderungen werde der VDS nicht gerecht. Aus diesem Grunde unterstütze die BDV die ADS.

Nach vier sehr hektischen Tagen wurde Gerd Langguth, Bonn, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter wurden Wolfgang Kirsch und Klaus Hankeln, Heidelberg, der allerdings im Sommer 1970 zurücktrat. Für ihn wurde im November 1970 Wolfgang Reeder vom Bundesausschuß nachgewählt. Der neue Bundesvorstand forderte den Verband auf, nach der Selbstaflösung des SDS nun verstärkt gegen die orthodox-marxistischen Kräfte an den Universitäten zu kämpfen.

GRUNDSATZPROGRAMM DES RCDS

39 Thesen zur Reform und zu den Zukunftsaufgaben deutscher Politik

Beschlossen auf der a. o. BDV vom 9. — 12. Oktober 1969 in Marburg

I. Grundlagen der Politik

1. Die Politik muß die Spannung zwischen den Bedürfnissen des Individuums und der Gesellschaft lösen. Aufgabe der Politik ist es, eine politische Ordnung zu schaffen, die Freiheit des einzelnen und Fortschritt der Gesellschaft ermöglicht.
2. Der Politiker darf dabei nicht nur auf Tageserfordernisse pragmatisch reagieren, sondern muß sein Handeln nach langfristigen Zielvorstellungen ausrichten. Dabei muß seine politische Zielvorstellung der allgemeinen und kontinuierlichen Tendenz zur Humanisierung des Menschen und der Gesellschaft entsprechen und eine „angemessene“ Sozialordnung anstreben. Diese soll die menschliche Individual- wie Sozialnatur berücksichtigen, um die Chancen jedes einzelnen auf Selbstverwirklichung in der Gesellschaft zu vergrößern.
3. Jede Ideologie dagegen stellt die radikalste Herausforderung und Bedrohung der Politik und der Freiheit dar, weil sie die Vielfalt der existierenden sozialen und politischen Gruppierungen und Ansichten unter ein starres Dogma zwingen will und die Unvollkommenheit und Verschiedenheit des Menschen dabei übersieht. Da es jedoch keine objektiv richtige, „wahre“ Politik gibt und verschiedene Lösungen möglich sein müssen, ist die Konkurrenz verschiedener politischer Gruppierungen notwendig.
4. Die diesem Verständnis von Politik angemessene Ordnungsvorstellung ist die pluralistische Demokratie. Das der pluralistischen Demokratie zugrundeliegende Prinzip von Konkurrenz, Diskussion und Kompromiß gewährt letztlich die meisten Chancen für den einzelnen und verhindert, daß wesentliche Interessen beteiligter Gruppen übergangen werden. Damit ermöglicht es, daß gesellschaftliche Konflikte friedlich ausgetragen werden.
5. Voraussetzung dafür ist der Konsensus über die Grundregeln des politischen Prozesses, die sich ausdrücken in der Anerkennung der Mehrheitsentscheidung, des Minderheitenschutzes, des Öffentlichkeitsprinzips, der verfassungsmäßigen Grundregeln. In einer funktionierenden pluralistischen Demokratie bedeutet Gewaltanwendung dagegen Resignation.

- 6.** Soll politische Demokratie verwirklicht werden, müssen soziale Voraussetzungen für die reale Ausübung formaler Rechte gegeben sein.

Demokratische Politik muß die Gleichheit politischer Teilhabechancen garantieren, indem sie

- jedem Bürger eine Existenzgrundlage sichert, die Teilnahme am politischen Prozeß ermöglicht;
- das Bildungswesen so gestaltet, daß jedem Befähigten die Grundlagen politischer Teilhabe vermittelt werden können;
- den Mißbrauch gesellschaftlicher Macht ausschaltet.

- 7.** Auch Demokratie ist keine herrschaftsfreie Ordnung, sondern Mittel zur Kontrolle politischer Herrschaft. Die Regierenden müssen auf die Regierten angewiesen sein. Sie bieten ihre Politik dem Volk an und kämpfen um dessen Zustimmung. Sie erhalten ihre Positionen nur nach einem Wettbewerbsverfahren. Die Wähler müssen die Möglichkeit haben, ihre Unterstützung den jetzigen Inhabern von Regierungspositionen zu entziehen und dem Rivalen zukommen zu lassen.

- 8.** Wesentliche Komponente der Demokratie ist die öffentliche Meinung. Die Öffentlichkeit, besonders die verschiedenen Informationsmedien, nimmt eine wichtige Kontrollfunktion wahr. In einer rechtsstaatlichen Demokratie müssen alle Meinungen die gleiche Chance haben, öffentlich zu werden. Über Qualität und Bedeutung einer Meinung entscheidet nur die öffentliche Diskussion. In diese Diskussion hat der Politiker seine Vorstellungen einzubringen und sich um die Zustimmung zu bemühen.

- 9.** Besonders die komplexe Industriegesellschaft bedarf der Leistungs- und Ordnungsfunktion der Politik. Die Politiker müssen deshalb als aktive Gestalter die rapide Entwicklung von Wissenschaft und Technik für die Gesellschaft nutzbar machen.

- 10.** Politik konkretisiert sich nicht nur in Gruppierungen und Konzeptionen, sondern auch in Persönlichkeiten als ihren Trägern. — Deshalb kommt der Auswahl von Politikern eine besondere Bedeutung zu.

II. Reform des parlamentarischen Regierungssystems

- 11.** Demokratische Herrschaft kann sich konkret in vielfältigen Staats- und Regierungsformen ausdrücken. Fast alle können zwei Haupttypen zugeordnet werden: dem präsidentiellen und dem parlamentarischen Regierungssystem.

Das parlamentarische Regierungssystem ist durch eine enge Verflechtung zwischen Parlament und Regierung gekennzeichnet. Parlama-

rische Regierungsweise liegt nur dann vor, wenn daher das Parlament wirksame Kontrollrechte und Einflußmöglichkeiten auf die personelle Zusammensetzung der Regierung besitzt.

- 12.** Das Parlament sollte das Forum aller für die Gesellschaft relevanten Gegenwarts- und Zukunftsfragen sein. Zugleich wird damit das Interesse der Öffentlichkeit am Parlament verstärkt und eine bessere und ausführlichere Parlamentsberichterstattung angeregt.

- 13.** Um die Transparenz des politischen Entscheidungsprozesses zu vergrößern, sollte eine Wahlrechtsreform die klare Entscheidung des Wählers zwischen Regierung und Opposition fördern, das bedeutet die Schaffung des relativen Mehrheitswahlrechts.

- 14.** Die Abgeordneten sollten in starkem Maß den Kontakt mit der Bevölkerung suchen, um mit den Problemen der Öffentlichkeit unmittelbar konfrontiert zu werden, diese Erfahrung in die Arbeit des Parlaments einfließen zu lassen und ihre Entscheidungen ständig vor den Wählern zu verantworten.

- 15.** Nötig ist ferner eine neue innere Organisation des Parlaments: es sollten wenige große und ständige, jedoch zahlreiche kleinere ad hoc-Ausschüsse eingerichtet werden. Die Abgeordneten sollten einem bestimmten Ministerium zugeteilt und zu den Beratungen der Bürokratie herangezogen werden. — Der wissenschaftliche Dienst des Parlaments müßte ausgebaut, gemischte Kommissionen von Parlamentariern, Wissenschaftlern, Experten und der Bürokratie für eine langfristige Politikplanung eingesetzt werden.

- 16.** Ferner ist es notwendig, daß die Diskussion über die Gesetzesentwürfe mit den Parlamentariern schon im Stadium des Referentenentwurfs stattfindet. Die Protokolle über die Verhandlungen mit den verschiedenen Interessengruppen sollte jedem Gesetzesentwurf beigefügt werden. Öffentliche Hearings und weitgehend öffentliche Ausschusssitzungen sollten die Transparenz der parlamentarischen Arbeit erhöhen.

- 17.** Als Gegenpol zur Regierung müssen der Opposition die gleichen Informationsquellen und gleiche Arbeitsbedingungen wie der Regierung und der Bürokratie zur Verfügung stehen.

- 18.** Dadurch muß die parlamentarische Opposition in den Stand gesetzt werden, ihre Funktion der Kritik, Kontrolle und Alternativenbildung wahrzunehmen.

- 19.** Zur größeren Übersichtlichkeit politischer Entscheidungsgänge und des Verwaltungsbereiches sollte eine am britischen Vorbild orientierte Kabinettsreform durchgeführt werden. Die Regierung sollte sich dabei in konzentrischen Kreisen aufbauen, wobei der innere Kreis

höchstens 10 Minister umfaßt. Die äußeren sollten mit dem inneren Kreis durch Kabinettsausschüsse verbunden sein, denen ein Mitglied des inneren Kabinetts vorsitzt.

III. Verstärktes politisches Engagement des Bürgers

20. Weil nur der informierte Bürger die Politik der Parteien kritisch beurteilen kann, sollte bereits die Schule ein Verständnis für die realen Zusammenhänge der Politik vermitteln. Politische Bildungsarbeit muß das Potential kritischer Bürger so vergrößern, daß die Politiker zu gründlicherem Durchdenken und besserer Begründung ihrer Maßnahmen gezwungen werden.

21. Die Mitarbeit in Verbänden und Selbstverwaltungs- bzw. Mitbestimmungsgremien im vorparlamentarischen Raum sollte durch die politische Bildung vorbereitet und unterstützt werden, da sie zu einer guten Ausgangsposition für eine Mitwirkung auch im gesamtpolitischen Bereich, vor allem in Parteien, führt.

22. Politisches Engagement sollte vor allem auch in vordenkenden Gruppen, politischen Studentenverbänden wie dem RCDS, politischen Clubs, politischen Arbeitskreisen, im Rahmen wissenschaftlicher Politikberatung und vor allem in politischen Parteien wirksam werden.

23. Daneben dienen außerparlamentarische Reformbewegungen (single purpose movement) dazu, die Öffentlichkeit auf Versäumnisse der Politik aufmerksam zu machen, Anhänger zu gewinnen und Druck auf die politischen Institutionen auszuüben. Sie helfen, Immobilität und Stagnation durch Aktivität von unten zu überwinden.

IV. Reform der Parteien

24. Parteien in der parlamentarischen Demokratie müssen drei Faktoren erfüllen:

- Personalauslese
- Interessenintegration
- Ausdrucksfunktion.

25. Die Forderung nach größerer Transparenz der politischen Entscheidungen und erweiterter Beteiligungschance des einzelnen richtet sich besonders an die innere Struktur der Partei. Innerparteiliche Demokratie erfordert deshalb folgende Grundsätze:

— Die Mitglieder müssen an den politischen Grundentscheidungen teilhaben

— Die Auseinandersetzung um politische Ziele und Führungspositionen der Partei müssen offen geführt werden

— Klare Entscheidungsgänge müssen so geführt werden, daß Spitzengremien der Partei zunächst aus Wahlen unterer Gliederungen der Partei hervorgehen müssen.

26. Eine Urabstimmung der Mitglieder sollte über die grundlegenden Programme, Satzungs- und Organisationsfragen, sowie die Spitzenpolitiker der Partei stattfinden.

27. Nichtmitglieder sind durch Programmdiskussionen, Bürgeraktionen und im Rahmen von Nominierungs- und Wahlkampagnen stärker an die Partei heranzuführen.

V. Zukunftsaufgaben

28. Jede in einem Staat organisierte Gesellschaft braucht zu ihrer sozialen Integration und politischen Orientierung „reale Utopien“, d. h. kreative, die politische Anteilnahme fördernde Visionen. Nicht reaktives, sondern zukunftsbezogenes Handeln der Politiker und Parteien, sowie eine unablässige Überprüfung der Programme und Planungen sind nötig, damit unsere Politik den Aufgaben der modernen Industriegesellschaft gewachsen ist.

29. Aktuelle Objekte für Problemanalyse, politische Prognose und Planung in unserer dynamischen Gesellschaft müssen sein:

— Die Parlaments-, Verwaltungs- und Justizreform, damit die Entscheidungsgänge für den Bürger überschaubarer werden,

— die Schaffung eines sozialen Vorwarnsystems, damit die langfristigen Folgen der technischen Entwicklung in bezug auf den Menschen geprüft und humanisiert werden können,

— die Verbesserung der Infrastruktur im Rahmen einer weitsichtigen Raumordnung, der Städtesanierung, des Verkehrswesens, der Krankenversorgung usw.,

— Friedensforschung zur Kreation von Modellen der Verständigung zwischen Ost und West, vor allem in der Deutschlandfrage, für Europa als Mitgarant des Weltfriedens, Helfer der Entwicklungsländer und Schrittmacher der technologischen Entwicklung oder der Stellung der NATO im Rahmen einer neuen politischen Zielplanung.

VI. Zukunftsorientierte Außenpolitik

30. Eine auf die Zukunft ausgerichtete Außenpolitik muß sich einer Strategie des globalen Friedens verschreiben. Sie ist gezwungen, in allen außenpolitischen Fragen die gewohnten Dogmen zu überwinden, zugunsten des Versuches, neue Modelle in der internationalen Politik zu verwirklichen.

31. Die Strategie des globalen Friedens muß daher für die Bundesrepublik in ihrer Außenpolitik bedeuten:

- Entwicklung einer Politik der internationalen Solidarität zur friedlichen Schaffung einer gerechten politischen und sozialen Ordnung in der ganzen Welt und damit Überwindung des Nord-Süd-Gegensatzes
- Unterstützung einer Politik der umfassenden Entspannung zwischen Ost und West
- Mitwirkung an der Lösung der europäischen Probleme durch die Schaffung eines gesamteuropäischen Bundesstaates
- Überwindung des Deutschlandsproblems durch Weiterentwicklung des demokratischen und gesellschaftlichen Systems in der BRD zu einem Modell für ganz Deutschland und durch das Angebot konkreter Entspannungsmaßnahmen im Verhältnis von BRD und DDR.

32. Der Beitrag der BRD zu einer Politik internationaler Solidarität muß aus folgenden Maßnahmen bestehen:

- Die Bundesrepublik muß ihre materielle Hilfe für die Entwicklungsländer nicht nur fortsetzen, sondern auch erheblich steigern. — Dies wird man vor der Bevölkerung der BRD aber nur dann rechtfertigen können, wenn man die Effektivität der Entwicklungshilfe vergrößert und durch laufende Aufklärung der Bevölkerung die Notwendigkeit dieser Maßnahmen stärker in das öffentliche Bewußtsein rückt.
- Parallel dazu sollten diejenigen Einrichtungen in der BRD stärker gefördert werden, die im Zusammenwirken mit geeigneten Partnern in den Entwicklungsländern die dortige Gesellschaftsstrukturen zu modernisieren suchen
- Außerdem müßten an den Universitäten Institute eingerichtet werden, die sich speziell mit den Problemen der Dritten Welt befassen. Eine gründliche wissenschaftliche Vorarbeit ist Voraussetzung für eine Entwicklungshilfe, die nicht nur Stückwerk sein will, sondern langfristige Lösungen herbeiführen soll.
- Darüberhinaus muß die auswärtige Kulturpolitik der BRD wesentlich verbessert werden. Die positiven Möglichkeiten und Erfolge des wirt-

schaftlichen und gesellschaftspolitischen Systems der BRD müssen in den Entwicklungsländern augenfällig demonstriert werden, ohne dabei in den Fehler zu verfallen, unser System ohne Rücksicht auf die spezifischen Gegebenheiten dieser Länder ihnen aufnötigen zu wollen.

- Langfristig muß die deutsche Außenpolitik eine internationale Koordination der Entwicklungshilfe anstreben. Die Weltorganisation UNO könnte zu einem solchen Koordinierungsorgan ausgebaut werden. Die BRD sollte aktiv dafür mitarbeiten, daß die UNO in ihren Mitteln und in ihrer Aufgabenstellung diesem Anspruch gerecht werden kann. Außerdem sollte die Bundesregierung initiiierend tätig werden bei der Schaffung einer Entwicklungsorganisation der westlichen Staaten, insbesondere unter Einschluß der bestehenden europäischen wirtschaftlichen Zusammenschlüsse EWG und EFTA.

33. Es ist eine Illusion zu glauben, eine Politik internationaler Solidarität könne ohne Abbau der machtpolitischen und ideologischen Barrieren zwischen den Staaten des kommunistischen Sowjetblocks und denen der westlichen Allianz geschaffen werden. Um dies zu erreichen, sollten zunächst die wichtigsten gemeinsamen Interessen im Bereich der Technologie, der Entwicklungshilfe und in Sicherheitsfragen durch Schaffung von formellen Verbindungsstellen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt oder zwischen dem COMECON und der OECD, sowie eines ständigen Konsultationsorgans definiert werden. Als erster Schritt dazu muß die NATO ein politisches Instrument für eine internationale Entspannung werden.

34. Das Interesse der europäischen Staaten, als Mitgestalter zukünftiger Weltpolitik aufzutreten, nicht zuletzt auch, um ihre eigenen Wege selbst wählen zu können und um sich aus der einseitigen Abhängigkeit von den beiden Supermächten USA und UdSSR zu lösen, muß auf die Schaffung eines integrierten Gesamteuropas ausgerichtet sein.

35. Der spezifische Beitrag der BRD muß in dem fortgesetzten Versuch bestehen, in Verhandlungen mit Polen und der CSSR die ungelösten Konflikte zu einem für beide Seiten befriedigenden Abschluß zu bringen. Ein Preis zur Überwindung der heutigen Situation müßte zum Beispiel in der Anerkennung der Westgrenzen Polens liegen, wobei aber die Minderheitenrechte der nichtpolnischen Bevölkerung vertraglich gewährleistet sein müßten, in Verhandlungen das Münchner Abkommen von Anfang an für ungültig zu erklären, sowie in der Bereitschaft der BRD zu permanenten Rüstungsbeschränkungen und wirtschaftlichen Gegenleistungen.

36. Zur Lösung des Deutschlandproblems muß die BRD zu erkennen geben, daß sie bereit ist, zugunsten internationaler Lösungen auf eine Wiedervereinigung Deutschlands im klassisch-national-staatlichen Sinne unter der Bedingung zu verzichten, daß die derzeit bestehenden deutschen Staaten in einere dauerhaften gesamteuropäischen Staatenorganisation aufgehen.

37. Als nächstes Ziel in der Deutschlandpolitik ist die Schaffung freier Verhältnisse in der DDR anzustreben. Hierzu dient eine Politik des „Beim-Wort-Nehmens“ der konkreten Angebote für gleichberechtigte Gespräche.

38. Hand in Hand mit konkreten Verhandlungsangeboten sollte die Auseinandersetzung zwischen den beiden verschiedenartigen Gesellschaftssystemen in Deutschland durch Schaffung einer überzeugenden Alternative in der BRD geführt werden. Darüberhinaus sollte die BRD die aktive Auseinandersetzung im internationalen Bereich mit der DDR geradezu suchen. Das bedeutet u. a. die völlige Aufgabe der Hallstein-Doktrin.

39. Die Neubestimmung des eigenen außenpolitischen Selbstverständnisses unter der Prämisse der Strategie des globalen Friedens gäbe der BRD die Chance, in entscheidenden Bereichen der internationalen Politik schöpferisch und aus eigener Initiative heraus tätig zu werden, und das nicht nur aus einem wohlverstandenen Eigeninteresse heraus, sondern die BRD könnte gleichzeitig einen effektiven Beitrag zur Lösung internationaler Probleme leisten: Sie könnte der Motor einer europäischen Einigung sein und darüberhinaus Vorreiter einer Politik der internationalen Solidarität werden.

THESEN ZUR BILDUNGSPOLITIK

von Wolfgang Reeder

1. Bildung und Chancengleichheit

1.1 Zwanzig Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes ist in der Bundesrepublik Chancengleichheit als Grundlage einer demokratischen Gesellschaft noch nicht realisiert. Verantwortlich dafür sind — neben anderen sozialen und ökonomischen Faktoren — Strukturen und Inhalte des Bildungssystems. Innerhalb dieses Systems vollzieht sich eine Auslese, die sich weniger an individueller Leistungsfähigkeit als an sozialer Schichtenzugehörigkeit ausrichtet.

1.2 Die überlieferte Dreigliedrigkeit des Schulsystems ist Ausdruck einer bürgerlichen Dreiklassengesellschaft, in der soziale Positionen weniger nach Kriterien der Leistung als nach solchen der Herkunft vergeben werden.

Das Bildungssystem ist — entsprechend der ihm zugrunde gelegten Fiktion von drei verschiedenen, jeweils für eine Schularart prädestinierenden Begabungshöhen — nicht ausgerichtet auf die Vermittlung inhaltlicher Befähigungen, sondern auf die Produktion von Bildungstypen innerhalb eines formalen, schichtenspezifischen Berechtigungswesens.

1.3 Die entscheidende Ursache der Ungleichheit von Bildungschancen ist bereits im familiären Sozialisationsprozeß angelegt, der deutlich schichtenspezifisch bestimmt ist. Die einseitige soziale Orientierung der Sekundarstufe stabilisiert die unterschiedlichen Ausgangssituationen der Schüler und perpetuiert damit die Trennung der Gesellschaft.

2. Die Aufgaben des Bildungswesens

2.1 Aus Individualnatur und Sozialnatur des Menschen leiten sich zwei Funktionen der institutionalisierten Bildungsprozesse ab. Das Bildungssystem muß die Voraussetzungen schaffen für eine freie Entfaltung der Persönlichkeit in Freizeit und Beruf sowie für eine verantwortliche Wahrnehmung und Ausübung bürgerlicher Rechte und Pflichten in Staat und Gesellschaft.

2.2 Der Freiheitsgrad einer Gesellschaft, die Möglichkeit zur personalen Selbstverwirklichung hängt von der Fähigkeit des einzelnen ab, verschiedene soziale Rollen bewußt zu übernehmen. Voraussetzung von Selbstentfaltung ist also, daß diese Fähigkeit gemäß der individuellen Disposition vermittelt wird.

Zur Vielfalt sozialer Rollen tritt in der modernen Gesellschaft der schnelle Wandel aller sozialen Bereiche. Auch der soziale Wandel enthält die Chance größerer Freiheit, wenn vorausgesetzt werden kann, daß der Einzelne befähigt wird, ihn zu bestehen, ihn im individuellen und sozialen Bereich produktiv zu bewältigen.

Strukturen und Inhalte der Bildungsprozesse sind demnach auf Vielfalt und Vielseitigkeit, auf verschiedenartige Verwendungsformen auszurichten.

2.3 Realisierte Demokratie besteht nicht nur aus Spielregeln, aus Formen politischer Entscheidungslegitimation. Formale Berechtigung ist noch nicht identisch mit realer Befähigung. Zur bewußten politischen Teilhabe gehört Einsicht in politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche Zusammenhänge. Das heißt: Ein Schlüsselbegriff für die Verwirklichung der Demokratie ist Bildung.

Reform des Bildungswesens ist Reform der Gesellschaft. Die Gesellschaft, die jedem ihrer Mitglieder eine seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Bildung ermöglicht, überwindet formale Hierarchien, die Trennung von Klassen und Schichten. Sie entzieht Manipulation und Repression die Grundlagen. Sie schafft die Voraussetzungen für Chancengleichheit und soziale Mobilität, für Transparenz der Gesellschaft und Mündigkeit des Einzelnen.

3. Die Struktur des Bildungswesens

3.1 Grundlagen

3.1.1 Grundlage für die Struktur des Bildungssystems ist das Prinzip optimaler Förderung individueller Begabungen. Situationen zu schaffen, in denen Begabungen aktualisiert und konkretisiert werden können, ist Aufgabe der Schulorganisation. Dabei hat sich das Bildungsangebot den individuellen Begabungsrichtungen und Begabungskombinationen anzupassen. Bedingung für Differenzierung ist, daß der Begriff Begabung konsequent auf alle Leistungen angewandt wird, auf praktische Intelligenz ebenso wie auf theoretische.

3.1.2 Zu den wichtigsten Merkmalen moderner Gesellschaft gehört der ständige, immanent verursachte Wandel. Flexibilität, Mobilität, Befähigung und Bereitschaft zum Wandel, zur Veränderung werden damit zu vorrangigen Zielen der Bildungsprozesse. Ständig wachsende und häufig wechselnde Anforderungen in Familie, Beruf, Gesellschaft erfordern von dem Einzelnen die Bereitschaft und die Fähigkeit, ständig hinzuzulernen, häufig umzulernen. Weiterbildung und Umschulung werden zu den entscheidenden inhaltlichen Lernprozessen.

3.1.3 Auf der Grundlage des Prinzips des lebenslangen Lernens besteht Bildung aus als Allgemeinbildung angelegten, grundlegenden formalen Lernprozessen und aufbauender konkreter Ausbildung für die jeweiligen beruflichen Anforderungen sowie inhaltlicher Fortbildung mit allgemeiner Orientierung. Innerhalb dieser Gliederung werden Flexibilität und Individualisierung verwirklicht durch eine Stufung der Bildungsgänge in abgeschlossene Bildungseinheiten, die Grundlage sein können sowohl für den Übergang in weitere allgemeinbildende Stufen als auch für die Aufnahme beruflicher Ausbildung.

3.2 Elementarbereich und Grundschule

3.2.1 Einer auf Chancengleichheit bedachten Bildungspolitik stellt sich als erste Aufgabe, sozio-psychische und sprachliche Bildungsbarrieren abzubauen. Ansatzpunkt dafür ist die Zeit vor dem Schuleintritt. Ort intentionaler vorschulischer Erziehung ist der Kindergarten. In ihm können Abbau von Milieusperrren und Vermittlung von Lernvoraussetzungen unter Beachtung der pädagogischen Bedingungen dieser Entwicklungsphase — vor allem mit den Mitteln spielerischen Lernens — wahrgenommen werden. Für alle Kinder zwischen dem dritten und dem sechsten Lebensjahr sind Kindergartenplätze kostenfrei bereitzustellen.

3.2.2 In der Grundschule werden die elementaren Kulturtechniken vermittelt, Sprach- und Denkfähigkeit gefördert, die Voraussetzung für die Entwicklung von mathematisch-naturwissenschaftlich-technischem Denken geschaffen.

Die beiden ersten Jahre der sechsjährigen Grundschule werden als Einheit gestaltet und mit der vorschulischen Erziehung pädagogisch abgestimmt. Mit dem fünften Schuljahr setzt in der Grundschule eine erste Differenzierung ein. Sie hat die Aufgabe, dem Schüler einen Überblick zu verschaffen über Angebote und Anforderungen der Bildungsgänge innerhalb des Sekundarbereiches.

3.3 Sekundarschule

3.3.1 Die Organisation der Sekundarschule hat Gleichwertigkeit der Bildungsgänge zu garantieren, indem sie auf der Grundlage verschiedener Voraussetzungen gleichwertige und damit gleichermaßen aufbaufähige Bildungswege anbietet. Auf dieser Grundlage baut eine erste Differenzierung der Sekundarschule auf, die sich orientiert an zwei nebeneinander gelagerten Befähigungsschwerpunkten und Anspruchsrichtungen: dem Bereich direkter, konkreter, praktischer Anwendung der

Technik und der Organisationsmittel der technisch-wissenschaftlichen Zivilisation und dem Bereich wissenschaftlich abstrakter Materien und Denkweisen. Damit ergibt sich eine Differenzierung in einen Gymnasialzug und einen Realzug. Diese erste Differenzierung ist auf allgemeine Grundlagen als Voraussetzung späterer Berufsausbildung bezogen. Sie gründet sich auf die Bedingung: Differenzierung darf nicht zu bloßer Addition isolierter Fächer führen, sondern muß von der Aufgabe allgemeiner Grundlagenvermittlung her an zusammenhängenden, fachübergreifenden, konzentrischen Lernprozessen orientiert bleiben.

3.3.2 Die weitere Differenzierung des Unterrichts in Kernfächer, Leistungskurse und Arbeitsgemeinschaften ermöglicht die Vermittlung notwendiger Grundlagenkenntnisse an alle Schüler und zugleich individuelle Schwerpunktbildung, Förderung der jeweiligen Fähigkeiten und Neigungen des Einzelnen.

Mit der Differenzierung wird die in der Sekundarstufe vermittelte Allgemeinbildung auch als berufsvorbereitende Bildung verwertbar. Individuell zusammengestellte und ausgerichtete Bildungsgänge ermöglichen aufbauende berufliche Schulung.

3.3.3 Die Sekundarschule schließt ab mit einem einheitlichen, inhaltlich differenzierten und profilierten Abschluß, der die Absolvierung der vierjährigen Sekundarschule und damit das Ende der Schulpflicht markiert. Der Sekundarabschluß berechtigt zur Aufnahme eines Berufes oder einer beruflichen Ausbildung und zur Weiterbildung im tertiären Bereich.

3.4 Tertiärbereich

3.4.1 Eingangsstufe des Tertiärbereiches ist das Kolleg. Es bietet eine Einführung in qualifizierte Berufs- und Wissenschaftsfelder. Es bereitet vor auf die Berufs- und Studienwahl und vermittelt die Grundlagen für Studium, Kontaktstudium, selbständige und betriebliche Fortbildung, sowie allgemeine Weiterbildung und Umschulung. Damit diese Aufgaben sachgerecht erfüllt werden können, orientiert sich die Gliederung des Kollegs an Berufs- und Wissenschaftsfeldern.

Ein konzentrisches Kurssystem mit Kernfächern, Arbeitsgruppen und Praktika ermöglicht Spezialisierung auf allgemeiner Grundlage. Das Kolleg wird abgeschlossen mit der Berufs- und Studienqualifikation für alle Bereiche des entsprechenden Berufs- oder Wissenschaftsfeldes.

3.4.2 Mit der Gesamthochschule wird eine einheitliche Rahmenorganisation für die verschiedenen Formen des Wissenschaftsprozesses geschaffen. Einheit von Forschung und Lehre ist konstitutives Prinzip der Gesamthochschule. Innerhalb des einheitlichen organisatorischen Rahmens differenziert sich die Gesamthochschule in verschiedenartige, gleichrangige Ausbildungsformen und Studiengänge.

3.4.3 Die Anwendung wissenschaftlicher Ausbildung auf konkrete Probleme bedingt die Fähigkeit, neuen, wechselnden Problemen mit den Methoden wissenschaftlicher Problemanalyse, Problemlösung und Erfolgskontrolle zu begegnen. Soll diese Fähigkeit vermittelt werden, so bedeutet Hochschulbildung die Einübung wissenschaftlicher Methoden an exemplarischen Inhalten, wobei Inhalte und Methoden der Wechselbeziehung von Theorie und Praxis gerecht werden müssen. Dieser Aufgabenstellung entspricht die Organisation des Studiums in geschlossene Studieneinheiten. Der Grundsatz der Lehrfreiheit wird so durch das Prinzip der Lernfreiheit ergänzt.

3.4.4 Notwendige Ergänzung des staatlichen Bildungssystems sind die Erwachsenenbildung, die Bildungsangebote der Massenmedien und die Bildungseinrichtungen innerhalb gesellschaftlicher Gruppen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Parteien, Kirchen, vor allem die unterschiedlichen Formen beruflicher Ausbildung in Wirtschaft und Verwaltung. Mit der Arbeitsteilung zwischen den staatlichen und den gesellschaftlichen Bildungseinrichtungen sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die Anregungen der Praxis intellektuell erfaßt und produktiv verarbeitet werden können. Berufliche Bildung wird in Nähe des Arbeitsplatzes und in Bezug auf ihn durchgeführt; sie wird ständiger Anpassung an gewandelte Bedingungen unterworfen.

3.4.5 Mit der Zuerkennung weitreichender Bildungsfunktionen an Institutionen außerhalb des staatlichen Bildungssystems sind grundlegende Bedingungen an Quantität und Qualität der Ausbildung verbunden. Ihre Erfüllung wird durch staatliche Rahmenkontrolle gesichert.

3.4.6 Zur Koordination der verschiedenen Einrichtungen allgemeiner und beruflicher Weiterbildung und um einen optimalen Einsatz staatlicher und privater Mittel zu ermöglichen, werden für die Weiterbildung Körperschaften des öffentlichen Rechts gegründet. Diese Körperschaften können zum Arbeitgeber der in Lehre und Verwaltung der einzelnen Institutionen Beschäftigten werden. Innerhalb der Körperschaften wird es möglich, das Bildungsangebot in Stufen anzuordnen und Leistungsnachweise einzuführen, die Auskunft geben über Vorbildung, erbrachte und noch fehlende Leistungen und so einen systematischen Aufbau individueller Weiterbildung erlauben.

4. Bildungsinhalte

4.1 Chancengleichheit bedingt zwei Forderungen an die Bildungsinhalte: Sie müssen sich ausrichten an den Erlebnishorizonten der verschiedenen sozialen Schichten. Sie müssen zudem für alle Schüler gemeinsam jene Bereiche umfassen, die Voraussetzung sind für die Wahrnehmung von gleichen Rechten und Pflichten in Familie und Beruf, Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft und Freizeit.

4.2 Soll der Einzelne befähigt werden, sein Leben, sein Verhältnis zur Umwelt, zu den Mitmenschen bewußt zu erleben und zu gestalten, ist möglichst genaue Kenntnis dieser Umwelt Ziel der Bildungsprozesse. Dazu müssen sich die Bildungsinhalte an den Realitäten der modernen Arbeitswelt orientieren, an realen und potentiellen gesellschaftlichen Bedingungen und Entwicklungen.

4.3 Die Bildungsinhalte Politik und Gesellschaft sind nicht Gegenstände isolierter Wissensbereiche. Staatsbürgerliche Gesinnung ist weniger eine Frage der Wissensvermittlung als eine Frage des Problembewußtseins. Politische und soziale Bildung besteht demnach darin, an jeweiligen Gegenständen soziale und politische Implikationen zu erkennen und zu analysieren. Sozial und politisch bewußtes Verhalten wird zudem dauerhaft herangebildet weniger durch Unterrichtsinhalte als durch die Gestaltung der Unterrichts- und Schulorganisation. Selbständige, verantwortliche, nichtautoritätsfixierte Haltung resultiert aus entsprechenden Arbeitsformen. Ergänzt werden derartige Unterrichtsformen durch Mitwirkungsrechte der Betroffenen bei der Gestaltung der Bildungsformen und Inhalte.

MF 221